

**Prognose der österreichischen
Wirtschaft 2017 – 2018**
Robuster Aufschwung in Österreich

SPERRFRIST: Freitag, 24. März 2017, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2017 – 2018

Robuster Aufschwung in Österreich

Die Modellprognosen werden von der
Arbeitsgruppe Prognose erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Martin G. Kocher
Robert M. Kunst
Simon Loretz
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Martin G. Kocher

☎: +43/1/599 91-125
email: direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück

Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
+43 660 150 5001
email: paul.glueck@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS) forscht im Interesse der Öffentlichkeit zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Dynamik, Strukturwandel und Nachhaltigkeit, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Finanzen und europäische Integration. Das IHS ist insbesondere für seine vierteljährliche Konjunkturprognose bekannt, arbeitet aber auch zu anderen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen, wie Gesundheit, Bildung, und Arbeitsmarkt.

Gegründet wurde das IHS auf Initiative der beiden Exil-Österreichern Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Mitteln der Ford Foundation. Heute erfolgt die Finanzierung über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet. Zurzeit sind ca. 150 MitarbeiterInnen und Studierende am Institut beschäftigt. Die WissenschaftlerInnen arbeiten fächerübergreifend und lösungsorientiert in Forschungsgruppen zusammen.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	8
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	8
Abbildung: OECD-Frühindikator	9
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum	10
2.2 Länderprognosen	11
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)	14
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	21
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT	22
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	23
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	23
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	25
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	25
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	26
Abbildung: Inflation in Österreich und im Euroraum	30
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	30
5. MONETÄRE PROGNOSE	34
Texttabelle: Leitzinsen	34
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	35
TABELLENANHANG	37

Robuster Aufschwung in Österreich

Der Konjunkturaufschwung in Österreich hat sich gefestigt. Die österreichische Wirtschaft dürfte in den Jahren 2017 und 2018 um 1.7 % bzw. 1.5 % wachsen. Impulse gehen von der weiterhin robusten Binnennachfrage und den leicht anziehenden Exporten aus. Die Inflation dürfte auf knapp 2 % steigen, die Lage am Arbeitsmarkt sollte sich stabilisieren. Aufgrund der politischen Risiken (z.B. Ausgestaltung und Folgen des Brexit, Gefahr des Protektionismus, Wahlen in großen EU-Mitgliedstaaten) bleibt die Unsicherheit aber hoch.

1. Einleitung und Zusammenfassung

Im Vorjahr ist die österreichische Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von 1.5 % auf einen soliden Wachstumskurs eingeschwenkt. Getragen wurde die Entwicklung vor allem von der Binnennachfrage. Unterstützt von der Steuerreform und der niedrigen Inflation legte der private Konsum nach einer lang andauernden Stagnation um 1.5 % zu. Getrieben von den Fahrzeuginvestitionen verzeichneten die Anlageinvestitionen ein Wachstum von knapp 3 %. Die Außenwirtschaft lieferte hingegen einen negativen Wachstumsbeitrag, da die Exporte im Einklang mit dem schwachen Welthandel nur um 1.7 % wuchsen, während das Importwachstum aufgrund der dynamischen Binnennachfrage 2.8 % betrug. In unterjähriger Betrachtung legte die Wirtschaft, gemessen an der Trend-Konjunktur-Komponente, in der zweiten Jahreshälfte merklich zu. Im dritten und vierten Quartal belief sich das Wachstum gegenüber dem Vorquartal jeweils auf 0.5 %. Die vorliegenden Frühindikatoren deuten einheitlich auf eine Fortsetzung des robusten Aufschwungs hin. Vor diesem Hintergrund hebt das Institut seine Wachstumsprognose für das Jahr 2017 auf 1.7 % an. Für das Jahr 2018 wird weiterhin ein Wachstum von 1.5 % erwartet. Damit wächst die Wirtschaft in Österreich gleich schnell wie jene im Euroraum. Das Institut geht davon aus, dass die Konsumschwäche überwunden ist und die Exportwirtschaft von der guten Konjunktur in vielen Teilen der Welt profitiert.

Im Vorjahr belebte sich die Weltwirtschaft nach einem schwachen Start. So hat die US-Wirtschaft im dritten und vierten Quartal um 0.9 % bzw. 0.5 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Im Euroraum betrug das Wachstum jeweils 0.4 %. Trotz der Brexit-Entscheidung blieb im Vereinigten Königreich das Wachstumstempo hoch (0.7 % im vierten Quartal). Der Anstieg der Rohstoffpreise trug zur wirtschaftlichen Stabilisierung in den Schwellenländern bei. Die vorliegenden Indikatoren deuten auf eine weitere Beschleunigung der Weltkonjunktur mit Jahresbeginn. Von der Geld- und Fiskalpolitik sollten weiterhin belebende Impulse ausgehen, lediglich in den USA wird die Geldpolitik gestrafft. Allerdings bestehen nach wie vor große politische Unsicherheiten, etwa über die Ausrichtung der Fiskalpolitik in den USA oder die längerfristigen wirtschaftlichen Folgen des Brexit. Insgesamt gesehen sollte sich die Weltkonjunktur weiter aufhellen, ein kräftiger globaler Aufschwung zeichnet sich jedoch nicht ab. Das Institut erwartet somit das folgende internationale Konjunkturbild. Die US-Wirtschaft dürfte, auch aufgrund der expansiven Fiskalpolitik, in den Jahren 2017 und 2018 um 2.5 % bzw. 2.7 % zulegen. Im Euroraum sollte sich die konjunkturelle Erholung mit Wachstumsraten von jeweils 1.6 % fortsetzen. Die Konjunktur in den Schwellenländern (Russland, Südamerika) dürfte sich weiter aufhellen, in China ist mit einer moderaten

Abschwächung des Wachstumstempos auf 6.4 % bzw. 6.0 % zu rechnen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3.3 % bzw. 3.5 % expandieren, nach 2.9 % im Vorjahr.

Nach einer längeren Stagnationsphase hat der reale private Konsum in Österreich im Vorjahr um 1.5 % zugelegt. Dabei stützten die Steuerreform sowie die niedrige Inflation die Realeinkommen und die Sparquote stieg kräftig. Das Institut geht von einer Fortsetzung der positiven Konsumdynamik im Prognosezeitraum aus. Zwar fallen belebende Impulse weg, aber die Erhöhung der Negativsteuer im Rahmen der Steuerreform wird erst heuer wirksam. In der Vergangenheit hat sich auch gezeigt, dass die Sparquote nach dem Anstieg im Jahr des Inkrafttretens einer Steuerreform wieder zurückgeht. Somit dürfte der reale private Konsum heuer um 1.2 % steigen. Im Jahr 2018 sollte der Konsum wieder im Einklang mit der Einkommensentwicklung zulegen (0.9 %).

Im Vorjahr belebte sich die Investitionstätigkeit merklich. Die Ausrüstungsinvestitionen haben um knapp 4 ½ % zugelegt, wobei insbesondere die Fahrzeugnachfrage kräftig stieg. Nach drei Jahren verzeichneten die Bauinvestitionen erstmals wieder ein Wachstum (1.3 %). Die verbesserten Konjunkturaussichten, weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen, steuerliche Maßnahmen sowie die Bevölkerungsdynamik sollten die Investitionsnachfrage im Prognosezeitraum stützen. Für die Ausrüstungsinvestitionen werden Wachstumsraten von 4.0 % bzw. 3.0 % erwartet. Bei den Bauten sollte sich die positive Dynamik fortsetzen, worauf auch die Entwicklung der Baugenehmigungen hinweist. Das Institut erwartet Zuwachsraten von 1.6 % bzw. 1.3 %. Für die Bruttoanlageinvestitionen ergeben sich somit Zuwächse von 2.9 % bzw. 2.2 %.

Im Einklang mit der schwachen Entwicklung des Welthandels legten auch die österreichischen Exporte im Vorjahr kaum zu. Getrieben von der kräftigen Binnennachfrage zogen die Importe deutlich stärker an, sodass von der Außenwirtschaft ein negativer Wachstumsbeitrag ausging. Mit der Aufhellung der Weltkonjunktur und dem anziehenden Welthandel sollte sich die Exporttätigkeit im Prognosezeitraum wieder etwas beleben. Unterstützend sollte auch der schwächere Euro wirken. Vor diesem Hintergrund wird für die österreichischen Güterexporte in beiden Prognosejahren ein Wachstum von 3.8 % erwartet. Bei den Gesamtexporten laut VGR dürfte das Wachstum 3.5 % bzw. 3.4 % betragen. Die Gesamtimporte sollten um 3.4 % bzw. 3.1 % zulegen. Damit leisten die Nettoexporte im kommenden Jahr wieder einen kleinen positiven Wachstumsbeitrag.

Aufgrund des starken Anstiegs des Ölpreises im Jahresabstand ist die Inflationsrate im Februar dieses Jahres auf 2.2 % geklettert. Die Kerninflationsrate (ohne Nahrungsmittel und Energie) ist hingegen nur leicht auf 1.6 % gestiegen. Nach Ansicht des Instituts geht weder von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen noch von der heimischen Lohnstückkostenentwicklung ein starker Preisdruck aus. Folglich wird für den Jahresdurchschnitt 2017 mit einer Inflationsrate von 1.9 % gerechnet. Im Einklang mit den aktuellen Entwicklungen impliziert diese Prognose eine merkliche Verringerung des Inflationsdifferenzials zum Euroraum. Im Jahr 2018 dürfe die Inflationsrate ebenfalls 1.9 % betragen.

Die Konjunkturaufhellung und die im Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen sollten zu einer Stabilisierung der Arbeitsmarktlage führen. Im Prognosezeitraum bleibt die Beschäftigungsexpansion mit 1.4 % bzw. 1.2 % äußerst kräftig. Diese Beschäftigungsdynamik sollte ausreichen, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials aufzunehmen. Es ist aber zu beachten, dass der starke Zustrom von Arbeitskräften, insbesondere aus den ost- und

mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, diese starke Beschäftigungsausweitung erst ermöglicht. Nunmehr erwartet das Institut für die Jahre 2017 und 2018 eine Arbeitslosenquote nach nationaler Definition von 9.1 % bzw. 9.2 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition sollte 5.9 % bzw. 6.0 % betragen. Aufbauend auf die bisherigen Erfahrungen wurde in dieser Prognose die erwartete Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit von Asylberechtigten zurückgenommen. Trifft diese Annahme nicht zu, wird die Arbeitslosigkeit wohl merklich steigen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum insbesondere von den Folgen der Steuerreform geprägt. Laut den vorliegenden Informationen dürfte die Defizitquote im Vorjahr auf 1.4 % gestiegen sein, wofür primär die zumindest kurzfristig nicht vollständig gegenfinanzierte Steuerreform verantwortlich war. Für den Prognosezeitraum geht das Institut von einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von 1.4 % bzw. 1.1 % des BIP aus. Das Institut begrüßt ausdrücklich das Arbeitsprogramm der Bundesregierung, das auf eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich abzielt. Insbesondere Senkungen der Lohnnebenkosten, höhere Arbeitszeitflexibilität und Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind positiv zu beurteilen. Notwendig sind auch die verstärkten Bemühungen zur Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge. Es sind jedoch möglichst bald weitere Anstrengungen erforderlich, um die Nachhaltigkeit der Budgetsanierung zu sichern und den erforderlichen zukunftsorientierten öffentlichen Ausgaben (insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung) stärkere Priorität zukommen zu lassen. Weitere Reformen sind unumgänglich, um vorhandene Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich zu heben.

Weiterhin bestehen vielfältige Risiken für die Weltkonjunktur. Beispielsweise herrscht eine hohe Unsicherheit über die Stabilitätsorientierung der amerikanischen Fiskalpolitik. Eine defizitfinanzierte expansive Fiskalpolitik könnte zwar der US-Wirtschaft kurzfristige Impulse liefern, längerfristig aber Probleme an den internationalen Finanzmärkten auslösen. Der Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte zu Anspannungen auf den Finanzmärkten führen, insbesondere in den Schwellenländern. Kritisch ist auch die steigende Verschuldung in einigen Schwellenländern zu sehen. Die anstehenden Wahlen in Europa halten die politische Unsicherheit hoch. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten, etwa ausgelöst durch Kreditausfälle und die damit verbundenen Probleme im Bankensektor, sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Konjunktur in Europa spürbar dämpfen. Mittelfristig liegt das größte Risiko für die europäische Konjunktur wohl in den wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merkliche negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Es gibt aber auch Aufwärtsrisiken. So könnte etwa eine stärkere Expansion der US-Wirtschaft die globale Nachfrage erhöhen. Neben den internationalen bestehen auch heimische Risiken. Durch den Wegfall des positiven Impulses der Steuerreform und die höhere Inflation könnte etwa die Konsumnachfrage wieder stagnieren. Andererseits könnten eine weitere Aufhellung der internationalen Konjunktur sowie die staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreichs die Stimmung von Konsumenten und Unternehmern heben und einen zusätzlichen Wachstumsschub auslösen.

Wichtige Prognoseergebnisse

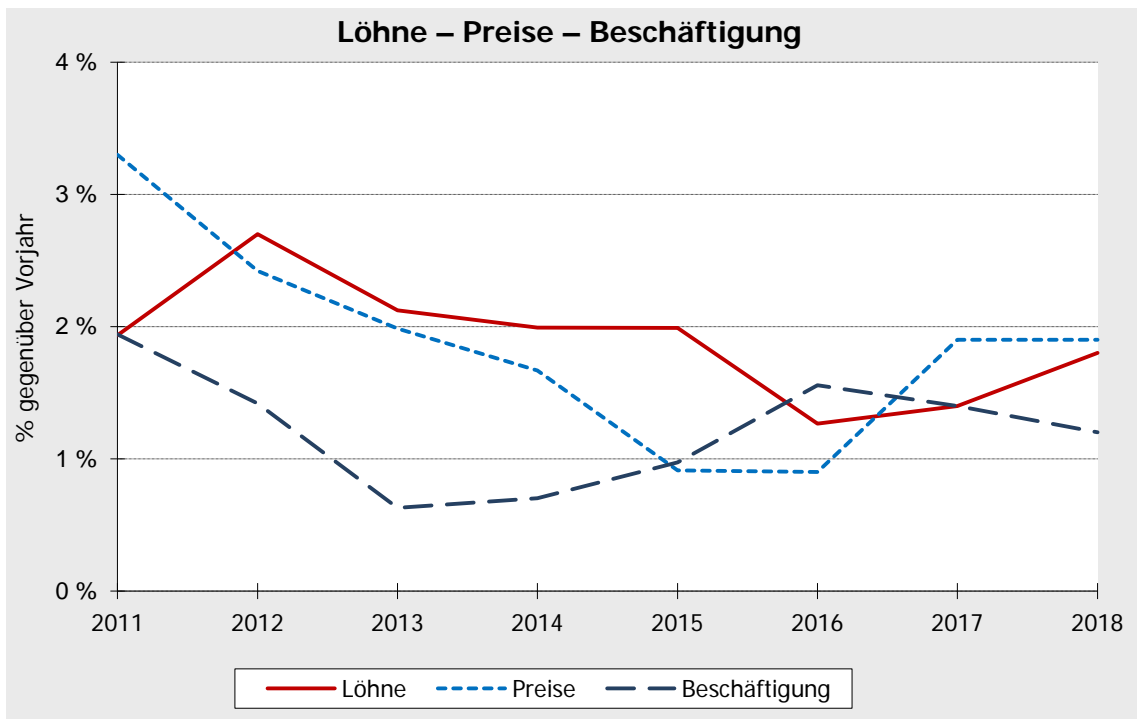
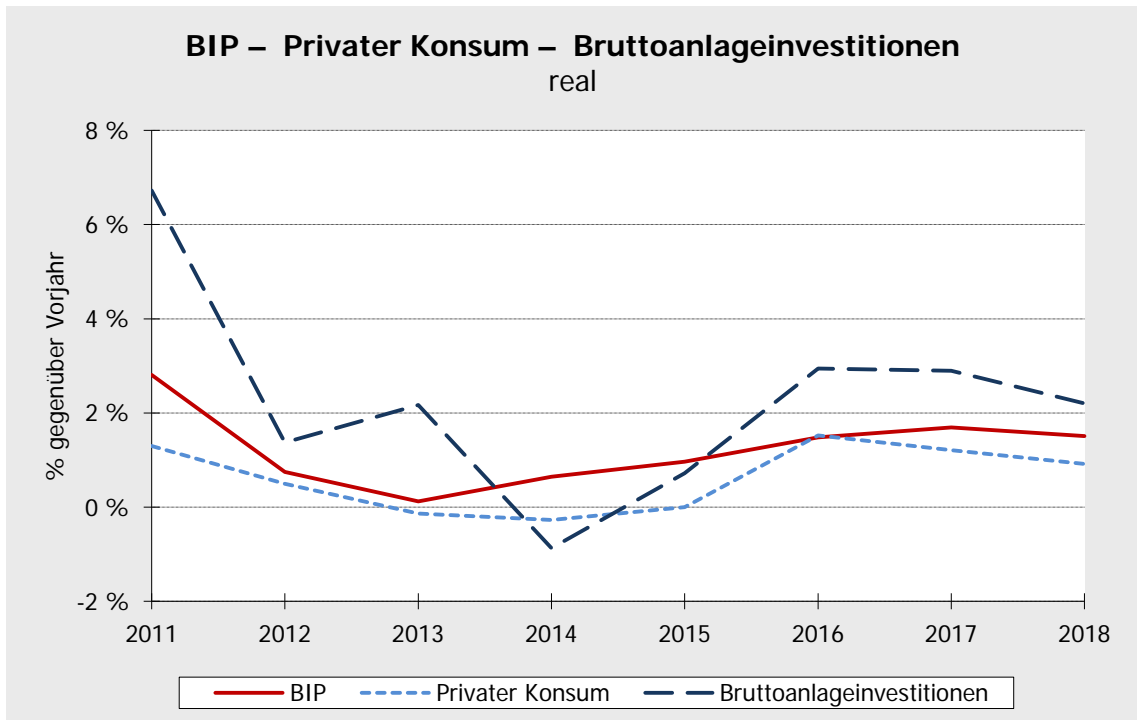
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt, real	1.5	1.7	1.5
Privater Konsum, real	1.5	1.2	0.9
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	2.6	3.3	2.5
Bruttoanlageinvestitionen, real	2.9	2.9	2.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	4.4	4.0	3.0
Bauinvestitionen, real	1.3	1.6	1.3
Inlandsnachfrage, real	2.0	1.6	1.2
Exporte i.w.S., real	1.7	3.5	3.4
Waren, real (laut VGR)	1.5	3.8	3.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.1	1.0	0.8
Importe i.w.S., real	2.8	3.4	3.1
Waren, real (laut VGR)	3.2	3.5	3.1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.3	1.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.6	1.4	1.2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	9.1	9.1	9.2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	6.0	5.9	6.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.3	1.4	1.8
Preisindex des BIP	1.3	1.4	1.6
Verbraucherpreisindex	0.9	1.9	1.9
3-Monats-Euribor ^{*)}	-0.3	-0.3	-0.1
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	0.4	0.9	1.1

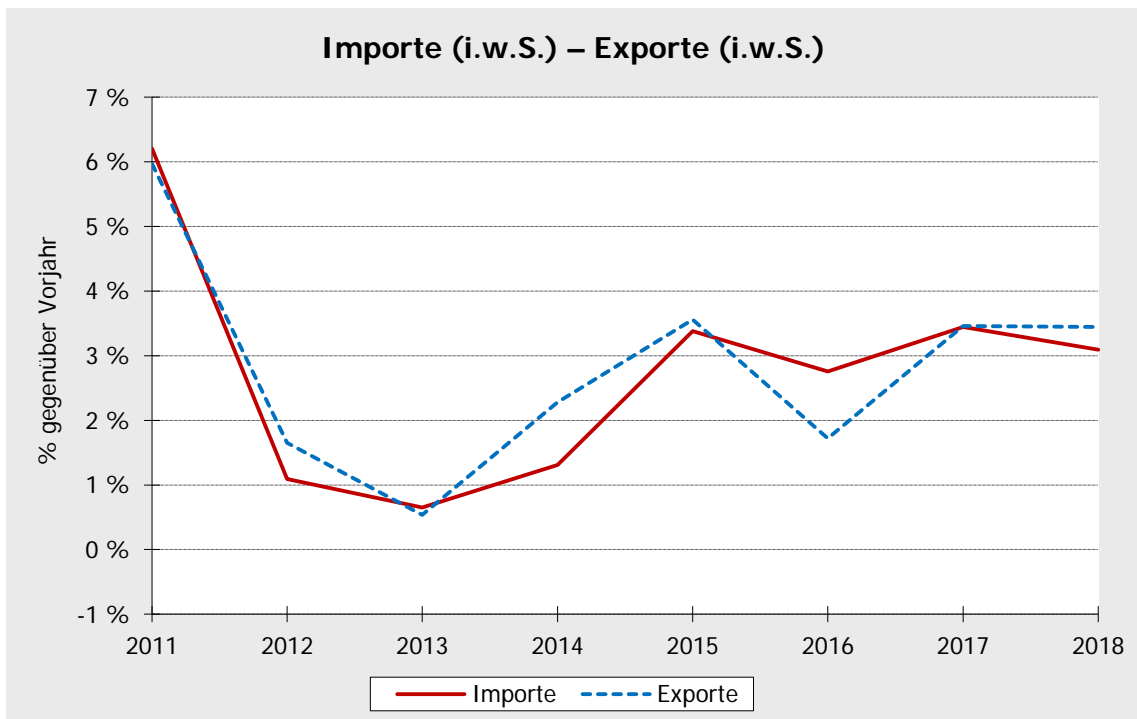
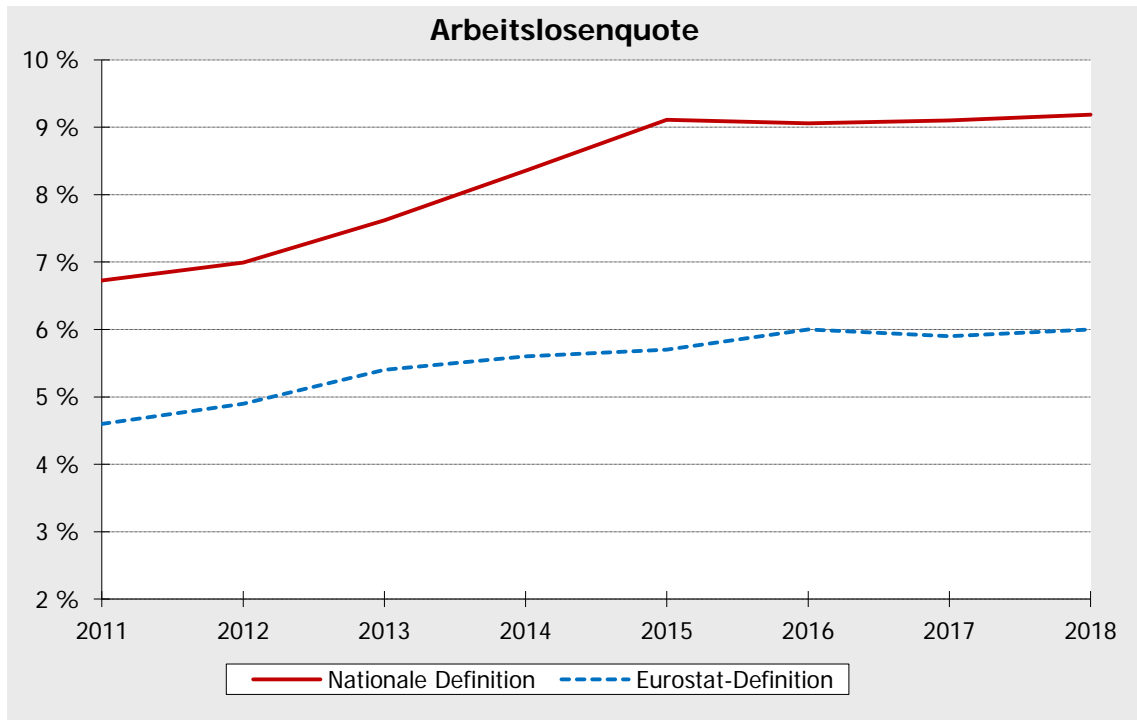
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

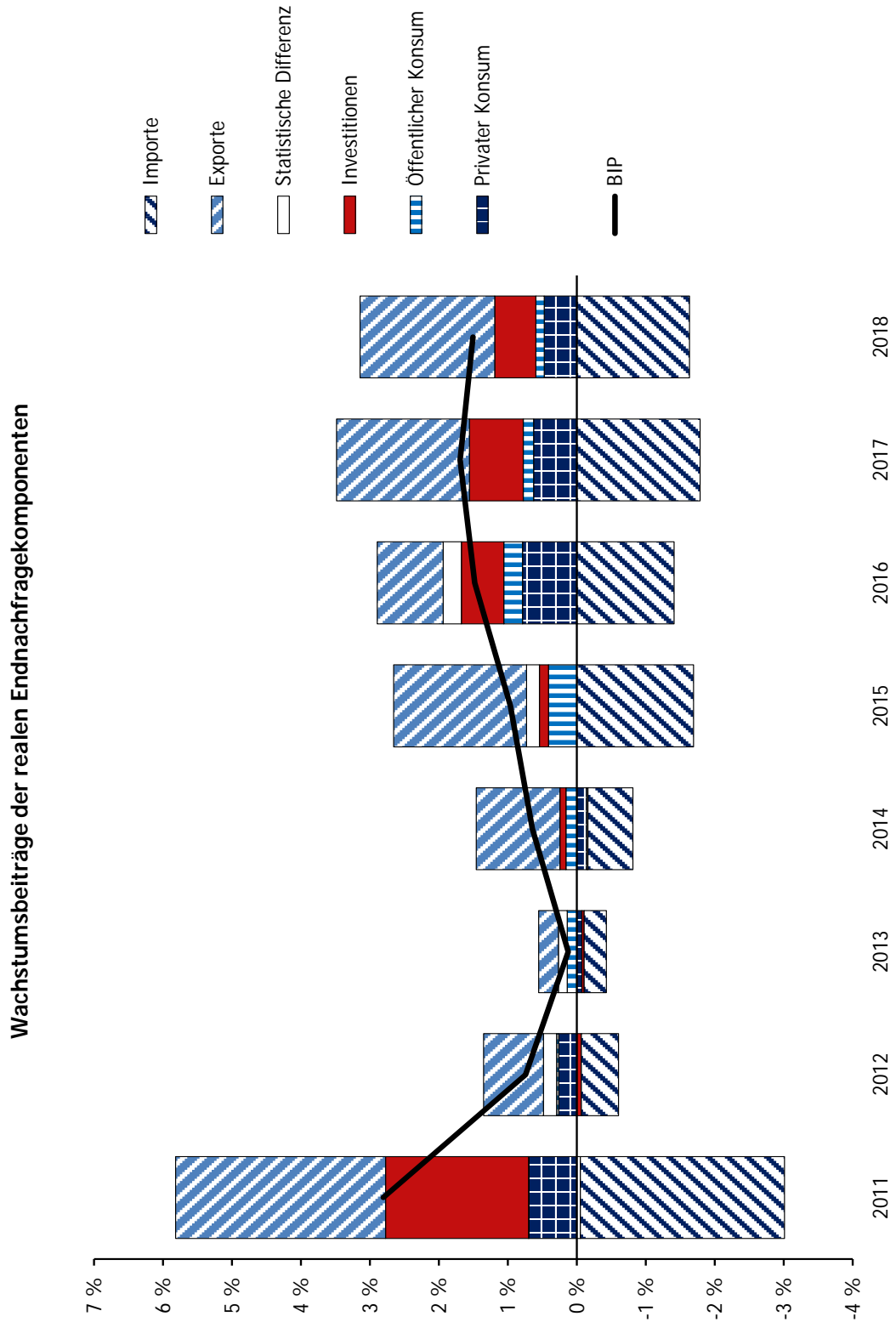
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

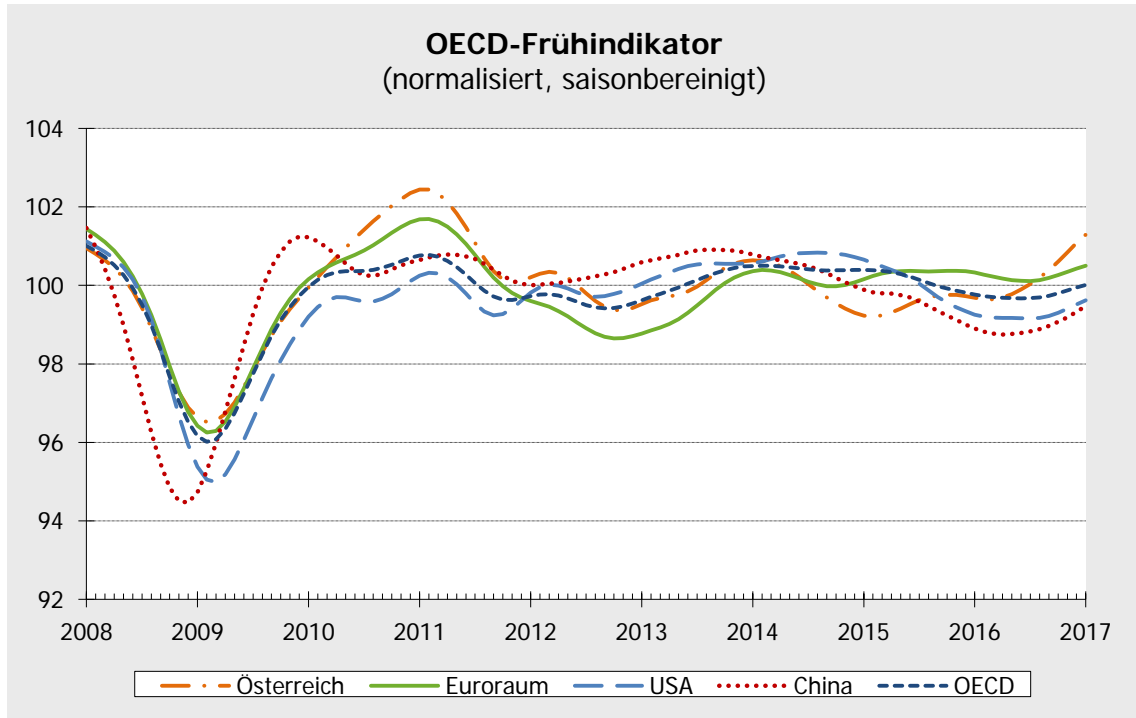
Die **Weltwirtschaft** wird 2017 etwas stärker als in den vergangenen zwei Jahren wachsen. Bereits im Schlussquartal 2016 verbesserte sich die Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie. Diese Entwicklung wird 2017 anhalten und den globalen Handel stärken. In den Industrieländern wird sich die positive Wachstumsdynamik fortsetzen. Die Konjunktur dürfte sich auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern verbessern, vor allem in jenen Ländern, die von den steigenden Rohstoffpreisen profitieren. Positive Impulse werden auch vom Abklingen der Rezession in Brasilien und Russland ausgehen.

Die globale Konjunktur könnte sich 2018 weiter verstärken. In vielen Ländern dürfte die Investitionstätigkeit anziehen. Der Inflationsdruck wird wieder nachlassen, weil sich die Rohstoffpreise stabilisieren werden. Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt jedoch weiterhin von Unwägbarkeiten geprägt. Dazu zählen vor allem die Folgen der Brexit-Entscheidung und der wirtschaftspolitische Kurs der neuen US-Regierung. Auch Unsicherheiten, die von den Strukturveränderungen in der chinesischen Wirtschaft ausgehen, könnten die globale Wirtschaftsentwicklung belasten. Für ein breiter abgestütztes globales Wachstum sind vor allem Strukturreformen und eine stärkere Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft notwendig. IWF und OECD fordern daher die Länder auf, wachstumsfördernde Reformen rasch umzusetzen. Die empfohlenen Maßnahmen umfassen Investitionen in die Infrastruktur und eine Steigerung der Erwerbsquote, Hemmnisse für Unternehmen abzubauen und die öffentliche Neuverschuldung zu senken. Das Institut erwartet, dass weltweit gesehen von der Geld- und Fiskalpolitik eher belebende Impulse ausgehen werden, in den USA wird hingegen die Geldpolitik gestrafft.

Weiterhin bestehen vielfältige Risiken für die Weltkonjunktur. Beispielsweise herrscht eine hohe Unsicherheit über die Stabilitätsorientierung der amerikanischen Fiskalpolitik. Eine defizitfinanzierte expansive Fiskalpolitik könnte zwar der US-Wirtschaft kurzfristige Impulse liefern, längerfristig aber Probleme an den internationalen Finanzmärkten auslösen. Der Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte zu Anspannungen auf den Finanzmärkten führen, insbesondere in den Schwellenländern. Kritisch ist auch die steigende Verschuldung in einigen Schwellenländern zu sehen. Die anstehenden Wahlen in Europa halten die politische Unsicherheit hoch. Starke und anhaltende Turbulenzen an den Finanzmärkten, etwa ausgelöst durch Kreditausfälle und die damit verbundenen Probleme im Bankensektor, sowie protektionistische Tendenzen im internationalen Handel würden die Konjunktur in Europa spürbar dämpfen. Mittelfristig liegt das größte Risiko für die europäische Konjunktur wohl in den wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Eine ausgeprägte und langandauernde Rezession im Vereinigten Königreich hätte merkliche negative Auswirkungen auf die Haupthandelspartner. Es gibt aber auch Aufwärtsrisiken. So könnte etwa eine stärkere Expansion der US-Wirtschaft die globale Nachfrage erhöhen.

Vorlaufende Indikatoren, die die Stimmung in den Unternehmen reflektieren, deuten darauf hin, dass sich in der Weltwirtschaft die Wachstumsdynamik verstärkt. Der vom ifo Institut berechnete Index für das Weltwirtschaftsklima, der im Sommer vor dem Hintergrund der Brexit-Entscheidung gesunken war, legte im Schlussquartal wieder zu und stieg im ersten Quartal 2017 weiter an. Ein

optimistisches Bild zeichnet auch der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft. Der Gesamtindex, der seit März 2015 kontinuierlich ansteigt, erreichte zu Jahresbeginn einen Höchststand. Allerdings stieg auch der Importpreisindex beträchtlich.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Der OECD-Frühindikator, der bis Ende 2015 eine Festigung der Konjunktur im Euroraum signalisiert hatte, aber in der ersten Jahreshälfte 2016 wieder nachgab, steigt seit vergangenem August wieder. Dies deutet darauf hin, dass sich die Konjunktur in den nächsten Monaten weiter aufhellt.

Zu Jahresbeginn begannen die Rohstoffpreise (ohne Energie) zu steigen. Im Februar lagen sie (laut *S&P Non-Energy Index*) um 9.9 % über ihrem Vorjahreswert. Der Ölpreis für die Sorte Brent betrug 56.1 US-Dollar und befand sich um 66.2 % über seinem Vorjahreswert. Nach 45 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2016 wird in dieser Prognose für die Jahre 2017 und 2018 ein Ölpreis von 57 bzw. 60 US-Dollar unterstellt. Nach 1.11 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2016 wird für 2017 und 2018 ein Wechselkurs von jeweils 1.05 USD/EUR erwartet.

Das globale BIP nahm 2016 um 2.9 % zu. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich 2017 auf 3.3 % und 2018 auf 3.5 % beschleunigen. Im Vergleich dazu entwickelt sich der Welthandel nur verhalten. Er nahm 2016 um 1.2 % zu, für die Jahre 2017 und 2018 werden Wachstumsraten von 3.3 % bzw. 3.5 % erwartet. In den OECD-Ländern nahm die Wirtschaftsleistung 2016 um 1.7 % zu. In den Jahren 2017 und 2018 könnte sich das Wachstum auf jeweils 2.2 % beschleunigen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU stieg 2016 um 1.9 %. In den Jahren 2017 und 2018 sollte die Wachstumsrate 1.7 % bzw. 1.6 % betragen.

Der IWF erwartet für Asien (ohne Japan) für 2017 und 2018 ein Wirtschaftswachstum von 6.4 % bzw. 6.3 %. Indien dürfte unter den großen Ökonomien mit 7.2 % bzw. 7.7 % das stärkste

Wirtschaftswachstum aufweisen. Für China wird eine weitere Wachstumsabschwächung erwartet, wodurch auch der Handel im asiatischen Wirtschaftsraum beeinträchtigt wird. Die Wirtschaftsleistung in Lateinamerika ist 2016 um 0.7 % gesunken. Im Jahr 2017 dürfte die Region mit 1.2 % ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen, das sich 2018 auf 2.1 % beschleunigen könnte. Die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, Brasilien, hat den Tiefpunkt der seit zwei Jahren andauernden Rezession hinter sich gelassen. Der IWF erwartet für 2017 ein Wirtschaftswachstum von 0.2 %, 2018 dürfte es sich auf 1.5 % beschleunigen. Reformen und die steigenden Rohstoffpreise sollten den Aufschwung stützen.

Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum

	2016	2017	2018
BIP-Wachstum (%)	1.7	1.6	1.6
Arbeitslosenquote (%)	10.0	9.4	9.2
Inflation HVPI (%)	0.2	1.6	1.6

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Im **Euroraum** wird das Wirtschaftswachstum 2017 voraussichtlich 1.6 % betragen. Die Dynamik der Inlandsnachfrage wird sich etwas abschwächen. Der private Konsum wird zwar von der guten Lage am Arbeitsmarkt gestützt, die anziehende Inflation schmälert jedoch die Kaufkraft der Haushalte. Besser als im Vorjahr könnte sich hingegen die Außenwirtschaft entwickeln. Eine verstärkte Dynamik im Welthandel, der schwache Euro und das Abklingen der wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern begünstigen die Exporte aus dem Euroraum. Der Brexit könnte jedoch die exportorientierte Wirtschaft des Euroraums belasten. Die Investitionstätigkeit dürfte sich 2017 nur verhalten entwickeln. Die Geldpolitik der EZB bleibt expansiv ausgerichtet und das Anleihen-Ankaufprogramm wird bis Ende 2017 fortgesetzt. Um ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen, empfiehlt die Europäische Kommission den Regierungen der Mitgliedsländer, die öffentlichen Defizite gering zu halten und die Schuldenlast zu reduzieren. Insgesamt sieht die Europäische Kommission zwar eine Verbesserung bei den öffentlichen Finanzen, dennoch hinken Länder wie Italien, Frankreich, Spanien und Portugal beim Abbau ihrer Haushaltsdefizite hinterher. Sie fordert auch Strukturreformen, so sollten die Arbeitsmärkte flexibler gestaltet werden. Darüber hinaus sollten wirtschaftliche Schwachstellen und makroökonomische Ungleichgewichte bekämpft werden. Im Jahr 2018 dürfte im Euroraum das Wirtschaftswachstum erneut 1.6 % ausmachen. Das Wachstumstempo von Konsum und Investitionstätigkeit könnte sich nahezu unverändert fortsetzen. Eine stärkere Dynamik könnten die Exporte und die Importe aufweisen.

Das BIP des Euroraums wuchs im vierten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.4 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.7 %. Der private und der öffentliche Konsum sowie die Investitionen trugen zum Wachstum bei. Mit der belebten Inlandsnachfrage nahmen die Importe stärker als in den drei Vorquartalen zu. Trotz eines starken Exportwachstums verschlechterte sich der Außenbeitrag. Im ersten Quartal dürfte die Konjunktur dynamisch geblieben sein, jedoch begleitet von einer höheren Inflation. Im Februar stiegen die Verbraucherpreise erstmals seit 2013 wieder um 2 %. Dieser Anstieg erfolgte nur aufgrund des starken Anziehens der Energiepreise im Jahresabstand. Dabei verzeichneten Irland (0.3 %) und Malta (1.2 %) den niedrigsten Anstieg der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Estland (3.4 %) und Belgien (3.3 %) am

stärksten. Die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte sich Anfang 2017 weiter. Im Februar betrug die Arbeitslosenquote 9.6 %. Die höchste Arbeitslosigkeit gab es in Griechenland mit 23.0 % (Wert von November). Die niedrigste Quote wies die Tschechische Republik mit 3.4 % auf.

Seit Jahresbeginn nimmt die konjunkturelle Erholung an Fahrt auf. Gemäß dem ifo Konjunkturbarometer waren die Erwartungen im ersten Quartal 2017 deutlich positiver als im Vorquartal. Das beste Wirtschaftsklima herrscht derzeit in Litauen, Irland, den Niederlanden, Slowenien und Deutschland. In Österreich, Finnland und Spanien verbesserte sich das Klima deutlich, in Frankreich und Lettland geringfügig ins Positive. Das Wirtschaftsklima blieb nur in Griechenland, Italien und Portugal ungünstig. Der *Markit Eurozone Composite Index* für den Euroraum stieg im Februar auf den höchsten Wert seit nahezu sechs Jahren. Im Industriesektor sorgten die verstärkte Nachfrage und der schwache Euro für einen zusätzlichen Schub. Der *Economic Sentiment Indicator* (ESI) der Europäischen Kommission, der im Schlussquartal deutlich zugelegt hatte, setzte seinen Anstieg im Jänner und Februar in einem langsameren Tempo fort. Die Einschätzung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten hinsichtlich der Konjunkturentwicklung im Euroraum verbesserte sich im März.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** wird 2017 voraussichtlich um 2.5 % wachsen. Die Konjunktur dürfte sich somit deutlich verstärken. Im Vorjahr schwächte sich der private Konsum etwas ab, die Ausrüstungsinvestitionen sanken und die exportorientierten Unternehmen litten unter dem starken US-Dollar sowie der schleppenden globalen Nachfrage. Heuer werden die Investitionen voraussichtlich anziehen und die Exporte dürften sich dynamischer als im Vorjahr entwickeln. Die Nachfrage der privaten Haushalte wird robust bleiben. Wegen der Energiepreisentwicklung wird die Inflation mehr als 2 % ausmachen. Steigende Arbeitnehmerentgelte sollten jedoch den inflationsbedingten Realeinkommensverlusten entgegenwirken. Der Anhebung der Zinsen im Dezember 2016 ist im März ein weiterer Zinsschritt gefolgt. Somit liegt das Zielband derzeit bei 0.75 % bis 1.00 %. Im Jahr 2018 dürfte das BIP-Wachstum 2.7 % betragen. Angesichts der guten Arbeitsmarktlage wird der private Konsum robust bleiben. Die Konjunktur würde einen Schub erhalten, falls die neue Regierung ein umfangreiches Infrastrukturprogramm umsetzt. Konjunkturelle Impulse könnten auch von Steuersenkungen, Deregulierungen und einem höheren Staatskonsum ausgehen. Die negativen Folgen des Brexit für die US-Wirtschaft werden von der Fed als gering eingeschätzt.

Das BIP der USA stieg im vierten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.5 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 1.9 % zu. Wie in den Vorquartalen stützte der private Konsum die Konjunktur. Nach zwei Rückgängen in Folge wuchsen die Bauinvestitionen. Zum ersten Mal seit Anfang 2015 waren die Lagerveränderungen positiv. Die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich hingegen nur verhalten. Rückläufige Exporte und stark steigende Importe verschlechterten den Außenbeitrag. Die Konjunkturindikatoren für das erste Quartal 2017 sind aufwärts gerichtet. Zu Jahresbeginn verstärkte sich im Einzelhandel und im privaten Wohnbau die Dynamik. Mit 4.7 % lag die Arbeitslosenquote auf einem Neun-Jahres-Tief. Die Inflation stieg im Februar mit 2.8 % auf den höchsten Wert seit 2012. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass in den kommenden Monaten das Wirtschaftswachstum robust bleibt.

Der *Markit Composite Purchasing Managers Index*, der im Februar des Vorjahres auf die Wachstumsschwelle zurückgefallen war, erholte sich im Jahresverlauf zunehmend und erreichte im Jänner den höchsten Stand seit November 2015. Im Februar verstärkte sich die Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie weiter. Auch der vom *Institute for Supply Management* erstellte Index zeigt einen starken Aufwärtstrend in der Güterverarbeitenden Industrie. Der Verlauf des *Conference Board Leading Economic Index* deutet auf eine solide konjunkturelle Entwicklung in der ersten Jahreshälfte hin. Das Konsumentenvertrauen, welches im Jänner gesunken war, hat sich im Februar wieder verbessert und befindet sich derzeit auf dem höchsten Niveau seit Juli 2001.

In **Japan** wird die Wirtschaft im Jahr 2017 voraussichtlich um 1.2 % wachsen. Die Bank von Japan entschied Ende Jänner, die Märkte weiter mit Geld zu fluten und zugleich den Strafzins für Einlagen von Finanzinstituten von 0.1 % beizubehalten. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Kreditvergabe anzukurbeln und so für Preisauftrieb zu sorgen. Die Notenbank erwartet dadurch auch eine stetige wirtschaftliche Erholung, die die Inflationsrate in Richtung des Ziels von 2 % treiben sollte. Die Deflation hat die Wirtschaft des Landes lange gelähmt, denn Unternehmen bekamen dadurch Rentabilitätsprobleme und Konsumenten zögerten mit Käufen, um Produkte später noch günstiger zu erwerben. Im laufenden Jahr könnte sich die Inlandsnachfrage verstärken. Die Yen-Abwertung Ende 2016 und der globale Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie sollten 2017 die Exporte deutlich beleben. In Folge dessen dürften die Ausrüstungsinvestitionen kräftiger als im Vorjahr zulegen. Die Inflation wird 2017 anziehen. Im Jahr 2018 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 0.9 % ausmachen. Die expansive Geldpolitik dürfte die Konjunktur weiterhin stützen. Wegen der Stabilisierung des Wechselkurses wird sich das Exportwachstum etwas abschwächen. Die Preise werden langsamer als im laufenden Jahr steigen.

Das japanische BIP wuchs im vierten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 1.6 %. Die Konjunktur wurde primär von der Außenwirtschaft gestützt. Wie im Vorquartal wiesen die Exporte eine deutlich stärkere Dynamik als die Importe auf. Bei der Inlandsnachfrage verstärkten sich nur die Ausrüstungsinvestitionen deutlich. Nach Zuwächsen in den vergangenen drei Quartalen stagnierten im Schlussquartal die Konsumausgaben. Im ersten Quartal 2017 dürfte von der verbesserten Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie Wachstumsimpulse ausgegangen sein. Die Verbraucherpreise steigen seit Oktober. Im Jänner betrug die Jahresinflation 0.5 %. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur in den kommenden Monaten belebt bleibt. Der *Nikkei Composite Output Index*, der von März bis September des Vorjahres unter der Wachstumsschwelle lag, steigt seit Oktober an. Im Februar verzeichnete die Güterverarbeitende Industrie den stärksten Auftrieb.

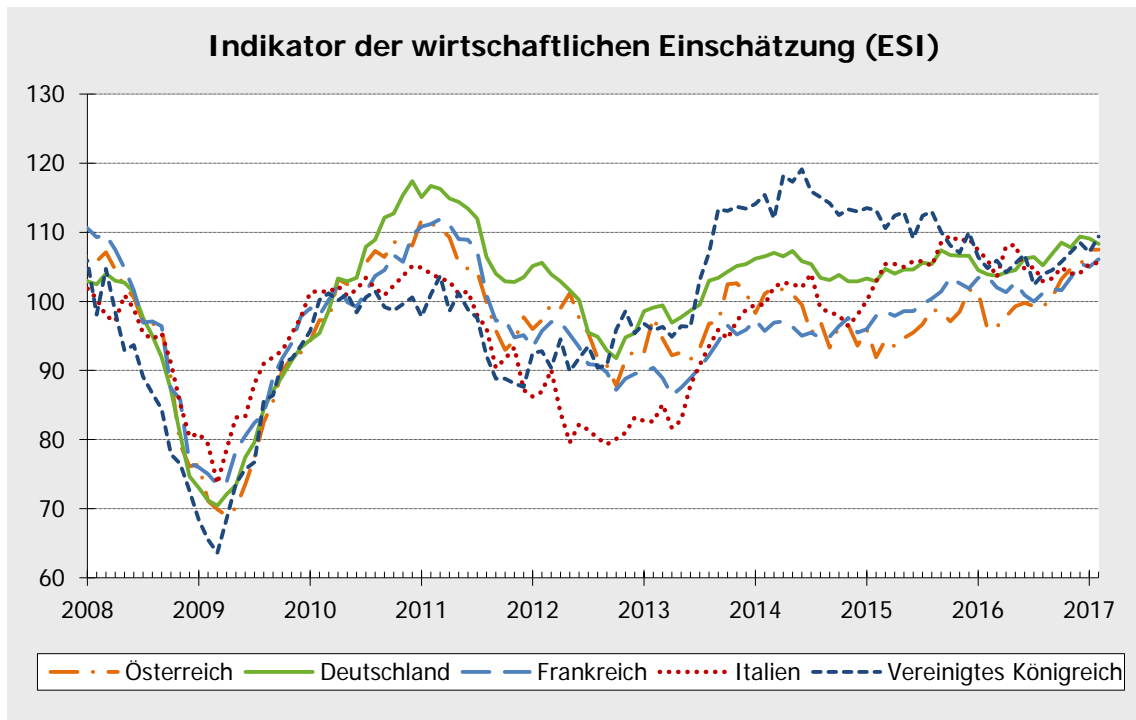
In der **Volksrepublik China** wird 2017 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 6.4 % betragen. Die kontinuierliche Abschwächung geht auf die Umsetzung des Reformprozesses zurück. Die Reformen umfassen den Abbau von Überkapazitäten in der Industrie, Strukturveränderungen im Bankenwesen und einen Schuldenabbau in der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Sektor. Höhere Finanzierungskosten sollten einer Überschuldung der Wirtschaft entgegenwirken. Im laufenden Jahr wird sich daher die Inlandsnachfrage abschwächen. Die Investitionstätigkeit könnte wegen der stark angestiegenen Zinsen und Rohstoffpreise an Dynamik verlieren. Ein Aufschwung wird jedoch bei den Exporten einsetzen. Wegen der engen Bindung an den US-Dollar wertete die nationale Währung 2015 auf. Dies beeinträchtigte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum. Die Währungsabwertung im Vorjahr

gegenüber dem US-Dollar und die konjunkturelle Aufhellung der Weltwirtschaft sollten das Exportwachstum im laufenden Jahr antreiben. Die Inflation wird anziehen, jedoch das Ziel der *Peoples Bank of China* von 3 % voraussichtlich nicht überschreiten. Im Jahr 2018 dürfte das BIP-Wachstum auf 6.0 % zurückgehen. Der private Konsum wird robust bleiben und die Investitionstätigkeit könnte sich wieder verstärken. Die öffentlichen Ausgaben dürften jedoch nicht mehr so stark zunehmen und der Überschuss in der Außenwirtschaft könnte etwas sinken.

Das chinesische BIP wuchs im vierten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6.8 %. Das Wachstum beschleunigte sich somit zum ersten Mal nach drei Quartalen wieder. Seit Jahresbeginn 2017 verstärkt sich die Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie und in der Exportnachfrage. Die Inflation stieg im Jänner auf 2.5 %, schwächte sich jedoch im Februar auf 0.8 % ab. Die höheren Finanzierungskosten und der wachsende Kostendruck in der Industrie könnten in den kommenden Monaten zu einer konjunkturellen Abschwächung führen. Der *Caixin China Composite Index* befindet sich seit März 2016 im Wachstumsbereich und seit dem vergangenen Juli zeigt auch der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie eine Expansion an. Der Gesamtindex, der am Jahresende auf den höchsten Stand seit dreieinhalb Jahren gestiegen war, ist im Jänner und Februar leicht gesunken.

In **Deutschland** wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 voraussichtlich 1.3 % betragen. Diese Prognose wird wesentlich durch die unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen beeinflusst. Bereinigt um diesen Effekt beträgt das Wachstum 1.6 %. Die Inlandsnachfrage verliert an Schwung. Die günstige Arbeitsmarktlage wird zwar weiterhin den privaten Konsum stützen, wegen der anziehenden Inflation dürfte das verfügbare Einkommen der Haushalte aber nicht mehr so stark steigen. Der private Konsum sollte sich daher im Jahresverlauf abschwächen. Niedrige Hypothekenzinsen und die Wohnungsnachfrage von Flüchtlingen werden jedoch dafür sorgen, dass der private Wohnbau zulegen wird. Das Abklingen der wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern wie Brasilien und Russland wird die Auslandsnachfrage stärken. Die Inflation wird im Jahresverlauf zunehmen und um die 2-Prozent-Marke pendeln. Die Arbeitslosenquote könnte wegen der vergangenen Flüchtlingszuwanderung kaum noch sinken. Im Jahr 2018 dürfte das Wirtschaftswachstum 1.8 % betragen. Deutlich stärkere Wachstumsimpulse als in den Vorjahren werden von den Ausrüstungsinvestitionen und der Außenwirtschaft ausgehen. Die Inflation wird nicht weiter steigen. Risiken für die Wirtschaftsentwicklung gehen jedoch von der Verunsicherung durch den Brexit und der potenziellen protektionistischen Handelspolitik der USA aus.

Das deutsche BIP wuchs im vierten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal um 0.4 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.8 % zu. Erneut sorgten die Ausgaben der öffentlichen Hand für Flüchtlinge und die boomende Baubranche für Impulse. Zudem steigerten die Verbraucher ihren Konsum stärker als im Vorquartal. Trotz einer anziehenden Auslandsnachfrage bremste der Außenbeitrag die Konjunktur, da die Importe deutlich stärker zunahmen als die Exporte. Im ersten Quartal 2017 stieg die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen beträchtlich und die Konjunktur im Wohnungsbau blieb robust. Die Arbeitslosenquote fiel im Jänner mit 3.8 % auf den tiefsten Stand seit 25 Jahren. Seit Dezember zieht jedoch die Inflation an. Teurere Energie und höhere Kosten für Nahrungsmittel haben die Inflationsrate im Februar mit 2.2 % erstmals seit viereinhalb Jahren über die Marke von 2 % steigen lassen. Die vorlaufenden Indikatoren deuten auf eine robuste Konjunkturentwicklung in den kommenden Monaten hin.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

Nach einem verhaltenen Jahresauftakt befindet sich die deutsche Wirtschaft auf einem soliden Wachstumskurs. Der Markt Einkaufsmanagerindex, der im Schlussquartal deutlich zulegen, schwächte sich zwar im Jänner leicht ab, im Februar schnellte er aber auf den höchsten Stand seit April 2014. Besonders kräftig entwickelte sich der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie. Auch der ifo Geschäftsklimaindex setzte seine Aufwärtsentwicklung im Februar fort. Die aktuelle Lage beurteilten die Unternehmer zuletzt so gut wie seit August 2011 nicht mehr. Auch der Optimismus mit Blick auf die kommenden Monate nahm zu. Das trifft vor allem auf die Güterverarbeitende Industrie und den Großhandel zu. Die Einzelhändler beurteilten ihre Geschäftslage weniger gut. Im Bauhauptgewerbe verschlechterte sich das Geschäftsklima auf hohem Niveau. Die geringe Aufwärtsbewegung der ZEW-Konjunkturerwartungen im März zeigt eine Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Konjunktur an. Steigende Preise und protektionistische Aussagen aus den USA belasten einer GfK-Umfrage zufolge das Konsumklima.

In **Italien** wird die Wirtschaft im Jahr 2017 voraussichtlich um 0,9 % wachsen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften wesentlich zur konjunkturellen Entwicklung beitragen. Der Zuwachs dürfte jedoch schwächer als in den vergangenen zwei Jahren ausfallen, weil die steigenden Verbraucherpreise die Kaufkraft der Haushalte schwächen. Die Investitionstätigkeit wird sich trotz stützender öffentlicher Maßnahmen nur verhalten entwickeln. Die verbesserte Dynamik im globalen Handel wird jedoch die Exporte beleben. Wegen der anziehenden Importe wird auch im laufenden Jahr von der Außenwirtschaft kein positiver Impuls auf das Wirtschaftswachstum ausgehen. Im Jahr 2018 dürfte das BIP-Wachstum 1,0 % ausmachen. Die gute Exportdynamik dürfte sich fortsetzen, wegen der stagnierenden Inlandsnachfrage wird sich jedoch das Importwachstum abschwächen. Die Außenwirtschaft wird daher wesentlich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Trotz umfassender Arbeitsmarktreformen dürfte die Arbeitslosenquote nicht weiter sinken.

Im vierten Quartal 2016 wuchs das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.2 %, gegenüber dem Vorjahresquartal nahm es um 1.0 % zu. Nach einer dynamischen Entwicklung in den Vorquartalen stagnierte der private Konsum. Dagegen legten die Staatsausgaben zu. Auch die Investitionstätigkeit weitete sich im Tempo des Vorquartals aus. Das Exportwachstum beschleunigte sich, wegen der belebten Importnachfrage verschlechterte sich jedoch der Außenbeitrag. Im ersten Quartal 2017 dürfte sich die Konjunktur verstärkt haben, was auf eine bessere Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie zurückgeht. Im Februar betrug die Inflation 1.6 %. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage kam zum Jahresende 2016 zum Stillstand. Im Dezember stieg die Arbeitslosenquote auf 12.0 %. Die Signale für die konjunkturelle Entwicklung in den kommenden Monaten sind gemischt. In der Industrie nimmt der Optimismus zu, das Verbrauchervertrauen trübt sich hingegen ein. Nach einer Abschwächung im Jahresverlauf begann der Markt Einkaufsmanagerindex Ende 2016 wegen einer Stimmungsverbesserung in der Güterverarbeitenden Industrie zu steigen. Der Aufwärtstrend verstärkte sich am Jahresanfang weiter und der Gesamtindex erreichte im Februar den höchsten Stand seit Dezember 2015. Die Stimmung in den Unternehmen hat sich auch laut Istat im Jänner und Februar verbessert, das Konsumentenvertrauen trübte sich hingegen ein.

In **Frankreich** wird das Wirtschaftswachstum 2017 voraussichtlich 1.3 % betragen. Die Inlandsnachfrage wird sich im Vergleich zum Vorjahr zwar abschwächen, bleibt jedoch die treibende konjunkturelle Kraft. Die Ausgabenfreude der privaten Haushalte könnte wegen Preissteigerungen im Jahresverlauf nachlassen. Hingegen werden sich die Investitionen etwas verstärken, was insbesondere auf eine stärkere Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen zurückgeht. Im Jahr 2016 wurde im Rahmen eines Arbeitsplans der Regierung zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit die Abgabenlast der Unternehmen verringert, was deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Mit dem Anziehen der globalen Nachfrage sollten daher die Exporte heuer stärker zulegen. Gleichzeitig werden auch die Importe anziehen, wodurch sich der Außenbeitrag verschlechtern wird. Die Inflation wird steigen, allerdings nicht so stark wie in Deutschland. Im Jahr 2018 wird das Wirtschaftswachstum 1.4 % ausmachen. Das Expansionstempo des privaten und des öffentlichen Konsums wird beibehalten. Auch dürften die Ausrüstungsinvestitionen dynamisch bleiben. Die Exporte könnten sich etwas verstärken. Unsicherheiten für die Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr gehen vom Ausgang der Präsidentenwahlen aus.

Das französische BIP stieg im vierten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorquartal um 0.4 %, zum Vorjahr legte es um 1.2 % zu. Wesentlich zum Wachstum beigetragen haben der private sowie der öffentliche Konsum. Nach einem starken Wachstum im ersten Quartal 2016 verzeichneten die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten und dritten Quartal einen Rückgang, im Schlussquartal setzte jedoch eine Stabilisierung ein. Auch die Exporte zogen an. Im ersten Quartal hat die Nachfrage nach Einzelhandelsgütern nachgegeben. Die Arbeitslosenquote blieb im Jänner mit 10.0 % zum Vormonat unverändert. Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich mit 1.4 % im Vergleich zum Jänner etwas ab. Für die kommenden Monate bleiben die Konjunkturerwartungen aufwärts gerichtet. Seit vergangenem August steigt der Markt Einkaufsmanagerindex und signalisiert Wachstum. Im Februar erreichte der Index den höchsten Wert seit Mai 2011. Die Stimmung der Konsumenten blieb im Februar auf einem Neun-Jahres-Hoch. Gründe dafür sind der optimistische

Blick auf die Konjunktur und die nachlassende Angst vor einem Jobverlust. Die Konsumenten sind jedoch bezüglich der zukünftigen Preisentwicklung besorgt.

Im **Vereinigten Königreich** wird die Wirtschaft im Jahr 2017 voraussichtlich um 1.7 % wachsen. Wegen einer Rezessionsgefahr nach der Brexit-Entscheidung im Juni 2016 senkte die *Bank of England* im August den Leitzinssatz von 0.5 % auf 0.25 %. Die Notenbank beließ im März den historisch niedrigen Zinssatz unverändert und hielt den Umfang ihres Anleihen-Kaufprogramms konstant. Die Währungsabwertung nach der Brexit-Entscheidung verbesserte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie deutlich. Ende 2016 setzte in der Güterverarbeitenden Industrie ein Aufschwung ein, der sich 2017 fortsetzen wird. Das Pfund notierte im Februar gegenüber US-Dollar und Euro um 12.7 % bzw. 9.9 % unter dem Vorjahreswert und eine Aufwertung ist im Jahresverlauf 2017 nicht zu erwarten. Die Exportnachfrage sollte sich im Zuge der globalen Konjunkturverbesserung verstärken. Wegen der steigenden Importpreise sollte jedoch auch die Inflation beträchtlich anziehen. Die Nachfrage der privaten Haushalte könnte dadurch nachlassen und steigende Produktionskosten die Investitionsbereitschaft in der Industrie dämpfen. Im Jahr 2018 wird das Wirtschaftswachstum 1.2 % betragen. Die Unsicherheiten in Bezug auf den Brexit sollten die Wirtschaftsentwicklung belasten. Die Inflation dürfte hoch bleiben. Die Arbeitslosigkeit dürfte nicht weiter zurückgehen. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung werden von der Zinsentwicklung und der hohen Verschuldung der Haushalte sowie der Ausgestaltung der neu abzuschließenden Handelsverträge erwartet. Das *Institute for Fiscal Studies* erwartet als Folge der konjunkturellen Abschwächung einen signifikanten Anstieg der öffentlichen Verschuldung.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im vierten Quartal 2016 zum Vorquartal um 0.7 % und zum Vorjahresquartal um 2.0 % zu. Zuwächse verzeichneten der private und der öffentliche Konsum sowie die Bauinvestitionen. In der Außenwirtschaft legten die Exporte kräftig zu, während die Importe nachgaben. Im ersten Quartal 2017 dürfte sich die Konjunktur jedoch abgeschwächt haben, was auf die Nachfrageentwicklung im Einzelhandel zurückgeht. Im Jänner stieg die Inflation auf 1.8 %. Die Konjunkturerwartungen für die kommenden Monate haben sich auch wegen der Kostenentwicklung in der Industrie etwas eingetrübt. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services Index*, der nach dem Referendum im Vorjahr unter die Wachstumsschwelle gefallen war, legte von August bis Dezember kräftig zu. Im Jänner und Februar gab der Gesamtindex wegen der Kostenentwicklung leicht nach. Die Importpreise stiegen aufgrund höherer Stahl- und Ölpreise sowie der Pfund-Abwertung kräftig. Die Erwartungen der Unternehmen haben sich wegen steigender Aufträge aus dem In- und Ausland verbessert. Im Februar nahm die Zahl der Vollzeitstellen weiter zu, die Nachfrage nach Teilzeitarbeitskräfte fiel jedoch bereits den vierten Monat in Folge (*Markit Report on Jobs*). Nach einer Stimmungsaufhellung von November bis Jänner ist im Februar das Konsumentenvertrauen (GfK) etwas gesunken. Wegen steigender Energie- und Lebenshaltungskosten, der Pfund-Abwertung sowie der Einkommensentwicklung befürchten die privaten Haushalte, dass sich ihre finanzielle Lage im laufenden Jahr verschlechtern könnte.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wird im Jahr 2017 voraussichtlich um 1.8 % wachsen. Nach einer Stagnation in der zweiten Jahreshälfte 2016 verstärkt sich seit Jahresbeginn 2017 die Konjunktur. Besser als im Vorjahr werden sich die Bauinvestitionen entwickeln. Auch die Exportnachfrage könnte sich verstärken. Aufgrund der regen Konsumnachfrage und der Preissteigerungen für Energie und Nahrungsmittel werden die Verbraucherpreise nicht mehr sinken. Die Zinsen werden

trotzdem negativ bleiben. Das Zielband für den Referenzzins Dreimonats-Libor liegt derzeit bei -1.25 % bis -0.25 %. Devisenmarktinterventionen sollten eine wirtschaftsschädliche Aufwertung des Franken vermeiden. Im Jahr 2018 sollte das Wirtschaftswachstum ebenfalls 1.8 % betragen. Der private Konsum wird robust bleiben. Die Investitionstätigkeit könnte anziehen. Aufgrund der besseren Inlandsnachfrage werden auch die Importe stärker zulegen. Die hohe Dynamik in der Exportnachfrage könnte anhalten. Mit einem nennenswerten Preisanstieg ist 2018 nicht zu rechnen. Die Zinsen werden voraussichtlich im negativen Bereich bleiben. Die KOF erwartet, dass vom Brexit weder kurz- noch mittelfristig größere Verwerfungen für die Schweiz ausgehen werden.

Das BIP der Schweiz wuchs im vierten Quartal 2016 um 0.1 % im Vergleich zum Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte es um 1.0 % zu. Positive Impulse kamen vom privaten und öffentlichen Konsum. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen waren dagegen rückläufig. Die Exporte verstärkten sich, wegen des starken Zuwachses bei den Importen verschlechterte sich jedoch die Außenbilanz. Im ersten Quartal 2017 dürfte die Konjunktur Fahrt aufgenommen haben. In der Güterverarbeitenden Industrie erhöhte sich die Dynamik. Zum ersten Mal seit September 2014 nimmt die Inflation zu. Im Februar stiegen die Verbraucherpreise im Jahresvergleich um 0.7 %. Die Arbeitslosenquote blieb mit 3.3 % zum Vormonat unverändert. Die Konjunktur dürfte auch in den kommenden Monaten eine außerordentlich gute Entwicklung aufweisen. Das KOF-Konjunkturbarometer stieg im Februar markant an. Dieser deutliche Sprung auf ein Niveau klar über dem langfristigen Mittel signalisiert für die nähere Zukunft überdurchschnittliche BIP-Wachstumsraten. Auch der *Markit/Credit Suisse Index* stieg im Februar auf den höchsten Stand seit Beginn der Indexermittlung. Die Aufhellung der Geschäftslage rührt laut KOF-Geschäftslageindikator im Februar aus den Wirtschaftsbereichen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie aus dem Verarbeitenden Gewerbe. In den baunahen Bereichen Baugewerbe und Projektierung ist die Lage nahezu unverändert gut.

In den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** expandierte die Wirtschaftsleistung 2016 kräftig, allerdings langsamer als in den Jahren davor. Dies war überwiegend auf die Zunahme des privaten Konsums infolge der steigenden Beschäftigung bei fallenden Arbeitslosenquoten und wachsender Realeinkommen zurückzuführen. Die Investitionen entwickelten sich im Jahr 2016 nach der starken Dynamik im Jahr 2015 vergleichsweise schwach. Ausschlaggebend hierfür war die verlangsamte Absorption von EU-Fördermitteln, da in der neuen Förderperiode bisher nur wenige Projekte genehmigt wurden. Der Außenbeitrag lieferte in der Tschechischen Republik, Ungarn, der Slowakei und Bulgarien einen positiven Wachstumsbeitrag. In Rumänien und in Kroatien hingegen dämpfte er das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo aufgrund rasch steigender Importe.

Eine solide Entwicklung der Inlandsnachfrage wird die Wirtschaftsdynamik in den Jahren 2017 und 2018 in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten tragen. Die expansive Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik wird eine konjunkturunterstützende Wirkung entfalten. Eine abnehmende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter und ein anhaltender Fachkräftemangel führen zu Lohnsteigerungen. Allerdings dürften die Realeinkommen aufgrund weiter steigender Inflationsraten infolge des Entfalls des dämpfenden Einflusses niedriger Energiepreise und der belebten Konjunktur 2017 nur moderat zunehmen. Die expansive Konjunkturdynamik wird in diesem und im nächsten Jahr in den meisten Ländern den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit fördern. Zudem dürfte die verstärkte Umsetzung der mit EU-Mitteln kofinanzierten öffentlichen Investitionsvorhaben in den nächsten Jahren zusätzliche Konjunkturimpulse auslösen. Alles in allem

ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) um 2.9 % in diesem Jahr und 3.1 % im Jahr 2018 zu erwarten.

Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich in **Ungarn** im Vorjahr um 2.0 %. Das Wachstum wurde vom privaten Konsum getragen. Die niedrigen Energiepreise, Lohnsteigerungen und Steuersenkungen stützten den privaten Konsum. Auch die Nettoexporte trugen zum BIP-Wachstum bei. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen gingen hingegen stark zurück. Zudem trug eine Kontraktion in der Industrie, die hauptsächlich auf einen starken Produktionsrückgang in der Automobilindustrie zurückzuführen war, zur Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik bei. Die Inflation beschleunigte sich in den letzten Monaten und betrug im Februar 2.9 %. Die Beschäftigung erhöhte sich im Vorjahr kräftig. Die Arbeitslosenquote lag im Dezember 2016 mit 4.3 % um zwei Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die guten Arbeitsmarktaussichten und die expansive Fiskal- und Geldpolitik stützen in der Prognoseperiode die Konjunktur. Nach der langsameren Absorption von EU-Fördermitteln im Vorjahr dürfte sich die Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode wieder beleben und das Wachstum tragen. Nach der starken Senkung des Körperschaftssteuersatzes Ende 2016 auf 9 % wird mit einem Anstieg der Investitionen in der Prognoseperiode gerechnet. Somit dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 3.0 % bzw. 2.9 % zunehmen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im Vorjahr um 2.8 %. Die schwächere Entwicklung war auf einen Rückgang der Investitionen, welche zu einem beträchtlichen Teil mit EU-Mitteln kofinanziert werden, zurückzuführen. Steigende Löhne und Beschäftigung sowie niedrige Zinsen und Inflation ermöglichten hingegen eine starke Zunahme des privaten Konsums. Der öffentliche Konsum erhöhte sich ebenfalls. Wegen der kräftigen Importdynamik fiel der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum neutral aus. Die Inflation erhöhte sich und betrug im Februar 2017 1.9 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag im Jänner mit 5.4 % um 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Infolge der starken Inlandsnachfrage, gestützt durch eine expansive Fiskalpolitik und eine Belebung der Investitionstätigkeit, dürfte sich das Wirtschaftswachstum in diesem und im nächsten Jahr auf 3.0 % bzw. 3.2 % beschleunigen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 2.4 % zu. Der private Konsum leistete infolge steigender verfügbarer Einkommen und niedriger Inflation, ähnlich wie die Nettoexporte, einen positiven Beitrag zur BIP-Expansion. Die Investitionen und die Importe von Investitionsgütern sanken hingegen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und betrug im Jänner 2017 lediglich 3.4 %. Die Anhebung der administrierten Preise und der Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise führten zur Erhöhung der Inflation auf 2.6 % im Februar. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Wirtschaftsleistung infolge einer Belebung der Investitionen und eines anhaltend starken Konsumwachstums, gestützt durch substanzielle Erhöhungen der Gehälter im öffentlichen Sektor, um jeweils 2.7 % expandieren. Mit der Zunahme der Importe von Investitionsgütern dürfte sich der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum verringern.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im Jahr 2016 um 3.3 %. Das Wachstum wurde von den Nettoexporten und dem privaten und öffentlichen Konsum getragen. Die Investitionen und die Importe von Investitionsgütern waren hingegen stark rückläufig. Die Inflationsrate wurde im Jänner 2017 positiv und belief sich auf 1.3 % im Februar. Die Arbeitslosenquote sank im Laufe des vergangenen Jahres kontinuierlich und betrug im Jänner

8.6 %, dies war der niedrigste Wert seit sechs Jahren. Mit stark steigender Beschäftigung und zunehmenden Realeinkommen dürfte sich die Expansion der Wirtschaftsaktivität in der Prognoseperiode fortsetzen. Durch geplante ausländische Investitionen in der Automobilindustrie und öffentliche Infrastrukturinvestitionen dürfte die slowakische Wirtschaft neue Impulse bekommen und in den Jahren 2017 und 2018 um 3.2 % bzw. 3.5 % zunehmen.

Im Vorjahr expandierte die Wirtschaftsleistung in **Slowenien** um 2.5 %. Der private und der öffentliche Konsum sowie die Nettoexporte trugen das Wachstum. Während die Ausrüstungsinvestitionen zunahmen, verringerte sich das Volumen der Bauinvestitionen, sodass der Beitrag der Anlageinvestitionen zum Wachstum negativ ausfiel. Im Februar 2017 erhöhte sich die Inflationsrate auf 2.5 %. Die Arbeitslosenquote betrug 7.5 % und lag damit um 0.9 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das BIP-Wachstum dürfte heuer und im nächsten Jahr jeweils 2.7 % betragen. Zunehmende Beschäftigung und steigende Löhne sowie eine allmähliche Belegung der Investitionen werden die Inlandsnachfrage stützen.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im Vorjahr um 4.8 %. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum expandierten kräftig. Die Nettoexporte wiesen hingegen einen negativen Beitrag zum Wachstum auf, da sich die dynamische Inlandsnachfrage in steigenden Importen niederschlug. Die Investitionen stagnierten. Die Arbeitslosenquote betrug im Jänner 2017 5.4 % und verringerte sich damit im Jahresabstand um einen Prozentpunkt. Im Februar wurde eine Inflationsrate von 0.5 % verzeichnet. In der Prognoseperiode bleibt die Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet. Der private Konsum dürfte wieder kräftig zunehmen. Die Umsetzung weiterer Infrastrukturinvestitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, wird die Konjunktur stützen. In diesem und im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 4.0 % bzw. 3.5 % expandieren.

Im Vorjahr erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 3.4 %. Die Expansion wurde von der Auslandsnachfrage und vom privaten Konsum getragen. Die Ausrüstungsinvestitionen und der öffentliche Konsum waren hingegen rückläufig. Die Inflationsrate wurde im Jänner 2017 infolge steigender Energie- und Lebensmittelpreise positiv und betrug im Februar 0.9 %. Die Arbeitslosenquote lag mit 7.2 % im Jänner um 0.7 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Mit sinkender Arbeitslosigkeit, steigender Beschäftigung und kräftigem Einkommenswachstum – infolge der Anhebung des Mindestlohns und der Erhöhung der Pensionen – bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode weitere Impulse. Der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürfte die Exporte stützen. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Wirtschaftsleistung um jeweils 3.0 % zunehmen.

In **Kroatien** beschleunigte sich das BIP-Wachstum im Vorjahr auf 2.9 %. Die Inlandsnachfrage trug das Wachstum. Die Zunahme der Investitionen beschleunigte sich und der private und der öffentliche Konsum expandierten kräftig. Der Beitrag der Auslandsnachfrage zum Wachstum war dagegen negativ. Im Februar 2017 erhöhte sich die Inflationsrate auf 1.4 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 11.3 % (-3.5 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit und der infolge von Steuersenkungen steigenden Realeinkommen weitere Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Das BIP dürfte in den Jahren 2017 und 2018 gestützt auf eine Belegung der von der EU kofinanzierten Investitionen um jeweils 2.8 % expandieren.

In **Russland** setzte sich im Jahr 2016 die rezessive Konjunktorentwicklung fort, allerdings mit einer geringeren Dynamik. Die Wirtschaftsleistung verringerte sich infolge eines deutlichen Rückgangs des privaten Konsums um 0.2 %. Die Investitionen waren leicht rückläufig. Die realen Exporte erhöhten sich etwas, während die Importe merklich sanken. Expansiv wirkten die Steigerung der Industrieproduktion und die kräftige Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Erhöhung der Staatsausgaben, insbesondere für Rüstungsgüter. Trotz der Rezession blieb die Arbeitslosenquote im Vorjahr mit 5.6 % niedrig. Die Inflation ging infolge einer guten Ernte und einer Aufwertung des Rubel im Laufe des vorigen Jahres stark zurück und betrug im Jänner 2017 5.0 %, das war der niedrigste Wert seit Frühjahr 2012.

Der Anstieg des Ölpreises Ende 2016 dürfte dazu beitragen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Prognosezeitraum wieder ausgeweitet wird. Die Zunahme der Produktion dürfte aber wenig dynamisch bleiben, da die Geld- und Fiskalpolitik restriktiv bleibt. Der private Konsum dürfte sich bei leicht steigenden Realeinkommen und aufgrund der Aufwertung des Rubel aber etwas erholen. Insgesamt ist für dieses Jahr mit einem Anstieg des russischen BIP um 1.1 % zu rechnen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung um 1.5 % zunehmen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016	2017	2018
Welthandel	2.7	2.0	1.2	3.3	3.5
BIP, real					
Deutschland	1.6	1.7	1.9	1.3	1.8
Italien	0.1	0.8	0.9	0.9	1.0
Frankreich	0.6	1.3	1.2	1.3	1.4
Vereinigtes Königreich	3.1	2.2	1.8	1.7	1.2
Schweiz	2.0	0.8	1.3	1.8	1.8
USA	2.4	2.6	1.6	2.5	2.7
Japan	0.3	1.2	1.0	1.2	0.9
China	7.3	6.9	6.7	6.4	6.0
Polen	3.3	3.9	2.8	3.0	3.2
Slowakei	2.6	3.8	3.3	3.2	3.5
Tschechien	2.7	4.5	2.4	2.7	2.7
Ungarn	4.0	3.1	2.0	3.0	2.9
Slowenien	3.1	2.3	2.5	2.7	2.7
MOEL-5*)	3.1	3.7	2.6	2.9	3.1
Bulgarien	1.3	3.6	3.4	3.0	3.0
Rumänien	3.1	3.9	4.8	4.0	3.5
Kroatien	-0.5	1.6	2.9	2.8	2.8
Russland	0.7	-2.8	-0.2	1.1	1.5
Euroraum	1.2	2.0	1.7	1.6	1.6
NMS-6*)	2.8	3.5	2.9	3.1	3.1
EU-28	1.6	2.2	1.9	1.7	1.6
OECD	1.9	2.1	1.7	2.2	2.2
Welt	3.4	3.2	2.9	3.3	3.5
Österreichische Exportmärkte	3.5	3.5	2.8	3.5	3.8
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.11	1.11	1.05	1.05
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**)	99.3	53.0	45.0	57.0	60.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

***) absolute Werte

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** dürfte 2017 von einem besseren internationalen Umfeld profitieren. Der globale Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie stützt die österreichischen Warenexporte. Eine dämpfende Wirkung könnte jedoch von der Preisentwicklung ausgehen. Durch den Preisanstieg bei Rohstoffen und Vorleistungen sowie die zurückliegende Euro-Abwertung werden die Importpreise anziehen, wodurch auch die Produktionskosten steigen werden.

Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria sind im vierten Quartal 2016 im Jahresvergleich um 1.8 % gesunken. Die Exporte in den Euroraum fielen um 2.6 %. Die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion gingen hingegen nur noch um 0.9 % zurück. Innerhalb der großen Warengruppen wiesen im vierten Quartal die Exporte von chemischen Erzeugnissen mit 10.5 % den stärksten Rückgang auf. Die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen fielen um 3.3 %. Besser entwickelten sich die Exporte von Fertigwaren und von Vorleistungen, die um 0.4 % bzw. 2.5 % wuchsen. Im ersten Quartal 2017 dürften die österreichischen Warenexporte wieder zugelegt haben und auch die Erwartungen für die kommenden Monate haben sich verbessert. Im Zuge der stärkeren Weltkonjunktur ist für den Jahresdurchschnitt 2017 mit einem nominellen Exportwachstum von 4.5 % zu rechnen. Im Jahr 2018 dürften die Warenexporte erneut um 4.5 % zulegen. Im Jahr 2017 werden die Warenimporte insbesondere aufgrund der stärkeren Binnennachfrage um 4.5 % steigen. Für 2018 wird ein Importwachstum von 3.9 % erwartet.

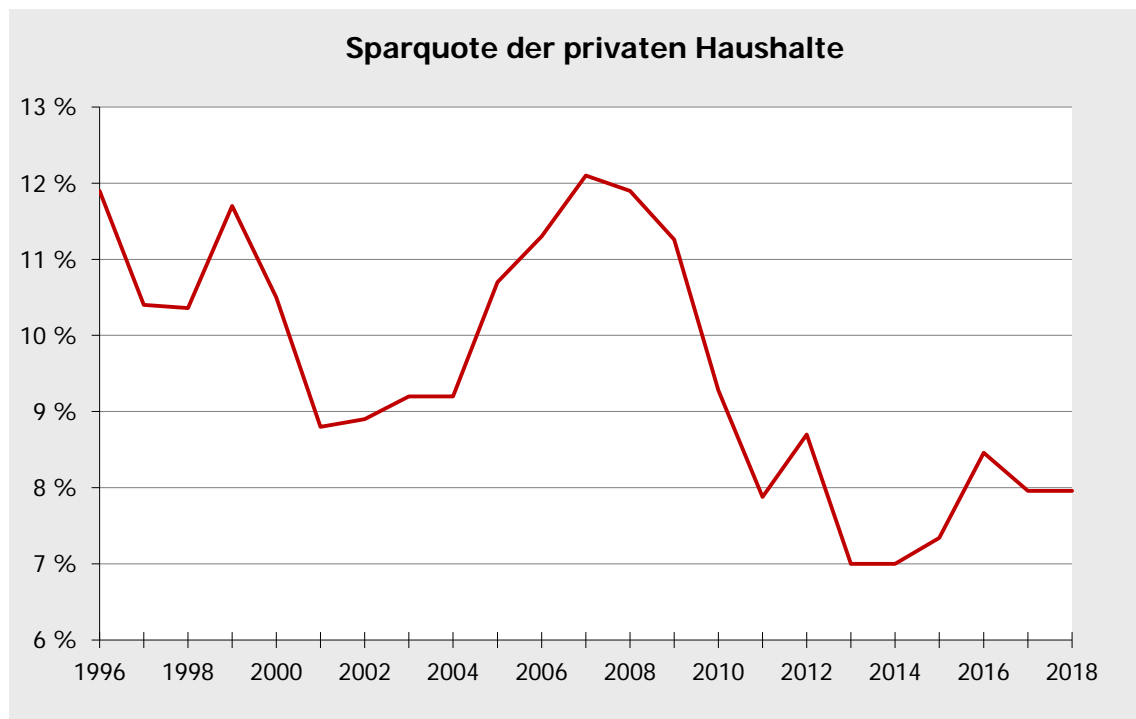
Im Jahr 2016 legten die Nächtigungen von Ausländern in Österreich um 4.1 % zu. Das Nächtigungsplus geht unter anderem auf das erweiterte Angebot in Österreich, die politische Lage in der Türkei und den starken Schweizer Franken zurück. Nächtigungen von Reisenden aus Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz stiegen am stärksten. Der Zuwachs bei den Nächtigungen von Reisenden aus dem Vereinigten Königreich entfiel hauptsächlich auf das erste Quartal. Die Übernachtungen von Reisenden aus Osteuropa nahmen im Vorjahr ebenfalls zu. Rückgänge gab es hingegen bei den Nächtigungen von Reisenden aus den USA und aus Italien. Im Jahr 2017 könnten die nominellen Reiseverkehrsexporte einen Zuwachs von 2.5 % erzielen und im kommenden Jahr um 2.3 % zulegen. Für die Reiseverkehrsimporte wird für 2017 und 2018 ein Zuwachs um jeweils 3.0 % erwartet.

Bei den realen Exporten i. w. S. laut VGR wird für das Jahr 2017 mit einer Zunahme um 3.5 % gerechnet, nach 1.7 % im Jahr 2016. Im Jahr 2018 werden sie um 3.4 % zulegen. Das Wachstum der realen Warenexporte, das sich 2016 auf 1.5 % verlangsamt hat, dürfte sich 2017 und 2018 mit jeweils 3.8 % wieder beschleunigen. Aufgrund der regen Inlandsnachfrage dürften die realen Importe i. w. S. laut VGR 2017 um 3.4 % wachsen, nach 2.8 % im Jahr 2016. Für 2018 wird eine Wachstumsrate von 3.1 % erwartet. Die realen Warenimporte sind 2016 um 3.2 % gewachsen. Für 2017 und 2018 ist mit einem Anstieg um 3.5 % bzw. 3.1 % zu rechnen.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Am Ende des Vorjahres nahm die seit einiger Zeit erwartete nachhaltige Belebung der Haushaltsnachfrage Konturen an. Die Wahrnehmung der durch die Steuerreform stark gestiegenen Einkommen hatte die Konsumstimmung in Richtung Optimismus umschlagen lassen. Im laufenden Jahr dürfte dieses Stimmungsbild anhalten. Darauf deuten sowohl die kurzfristige Konjunkturstatistik als auch Frühindikatoren wie die monatlich erhobenen Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen hin. Die Einkommenszuwächse des Vorjahres scheinen teilweise erst heuer so richtig umgesetzt zu werden.

Der **private Konsum** wurde im vergangenen Jahr durch die Steuerreform aus einem mehrjährigen Dornröschenschlaf erweckt, auch heuer wächst der reale Konsum der privaten Haushalte um solide 1.2 %. Demgegenüber stiegen die verfügbaren Realeinkommen um 0.7 %, natürlich weit weniger als im Vorjahr mit seinem Reformpaket, aber durchaus im guten Schnitt des letzten Jahrzehnts. Daraus ergibt sich jedenfalls ein leichter Rückgang der Sparquote der österreichischen Haushalte auf 8 %. Im Jahr 2018 werden dann die Realeinkommen um 0.9 % wachsen, der Konsum der Haushalte expandiert im Gleichschritt, und die Sparquote verharrt auf ihrem Niveau.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1996. Die längerfristig leicht fallende Tendenz dieser Kenngröße wurde in den Jahren 2005 bis 2010 durch eine auffällige Stärkephase unterbrochen, die in der Folge wieder von unregelmäßigen Bewegungen im Bereich von 7 % bis 9 % abgelöst wurde. Im Gegensatz zu der verbreiteten Vermutung, dass Preisentwicklungen eine Hauptquelle der Fluktuationen darstellen, ist ein systematischer Effekt der Inflation auf die Haushaltssparquote empirisch nicht nachweisbar. Höhere Preise der umgesetzten Waren erhöhen die Gewinneinkommen der Produzenten, die solcherart wieder konsumwirksam werden, zumindest soweit sie im Inland verbleiben. Führt allerdings eine von einer Preissteigerung

begleitete Nachfragebelebung zu einer Zunahme von Einkommen mit geringerer Konsumneigung, hat dies doch einen statistisch gut abgesicherten positiven Effekt auf die Sparquote. Im Prognosezeitraum weisen nun tatsächlich die weniger konsumfreudigen Gewinneinkommen eine stärkere Dynamik auf als die Lohneinkommen, und genau dies bewahrt die Sparquote vor weiterem Fallen. Auch die Vermutung, dass sehr niedrige Zinssätze die Konsumfreude der Haushalte stärken, bestätigt sich empirisch nicht. Die ökonomische Theorie kennt mehrere mögliche Effekte von Zinssätzen auf die Konsumnachfrage, die teilweise einander entgegen wirken. Insgesamt könnte der für die beiden Prognosejahre ausgewiesene Wert der Haushaltssparquote von 8 % einen derzeit stabilen Zielwert der Haushaltspräferenzen darstellen.

Das relativ kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** ist zuletzt etwas stärker gewachsen als der private Konsum, und dieses Muster bleibt auch im Prognosezeitraum aufrecht. Für das laufende und das nächste Jahr weist die Prognose jeweils reale Wachstumsraten von 1.5 % aus.

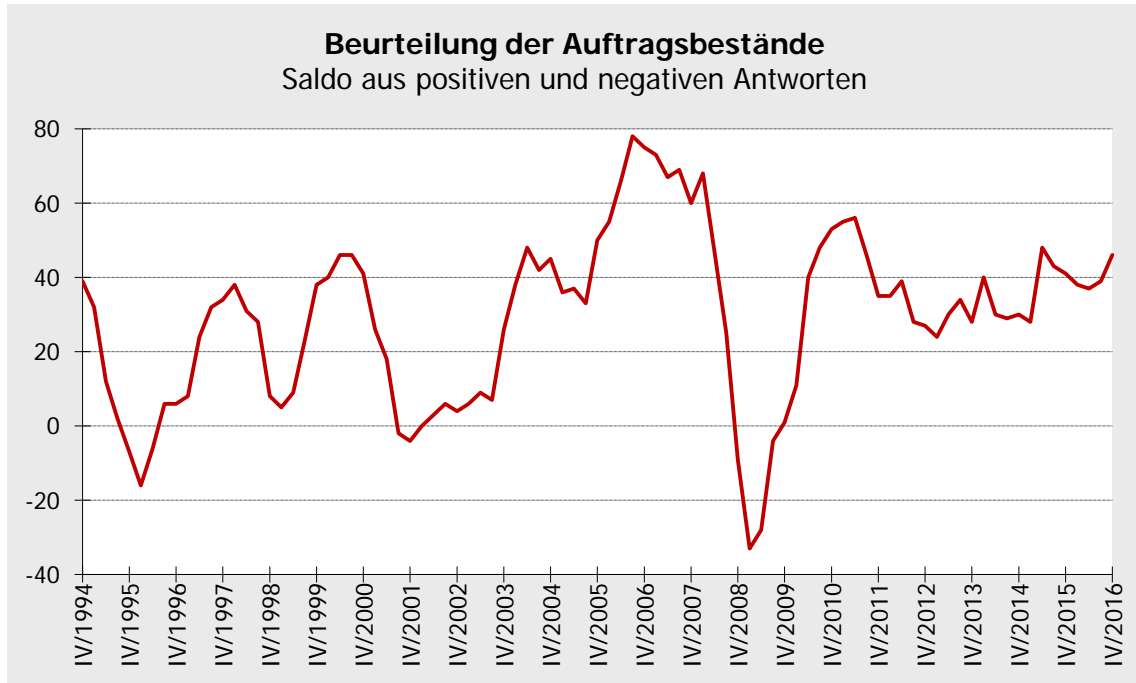
Im vergangenen Jahr hat die Investitionsnachfrage maßgeblich zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Rein rechnerisch war die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Wachstums auf die Investitionen zurückzuführen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Ausrüstungsgüter importiert wird. Erneut entwickelten sich die Ausrüstungsinvestitionen weitaus dynamischer als die Bauinvestitionen.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in geistiges Eigentum und sonstige Anlagegüter) sind nach derzeitigem Rechenstand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahresdurchschnitt 2016 um 4.5 % gestiegen. Besonders dynamisch entwickelten sich die Anschaffungen von Fahrzeugen mit 14.5 %. Zu diesem kräftigen Wachstum dürften zeitliche Verschiebungen von Fahrzeugkäufen im Zusammenhang mit einer schrittweise stärkeren steuerlichen Berücksichtigung des Schadstoffausstoßes von Dienstwagen beigetragen haben. Die Anschaffung von Maschinen und Geräten wurde um 3.6 % ausgeweitet, womit das Wachstum dieser Kategorie etwas schwächer ausfiel als im Jahr davor. In der zweiten Jahreshälfte hat sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen abgeschwächt, sowohl gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum als auch gegenüber dem jeweiligen Vorquartal.

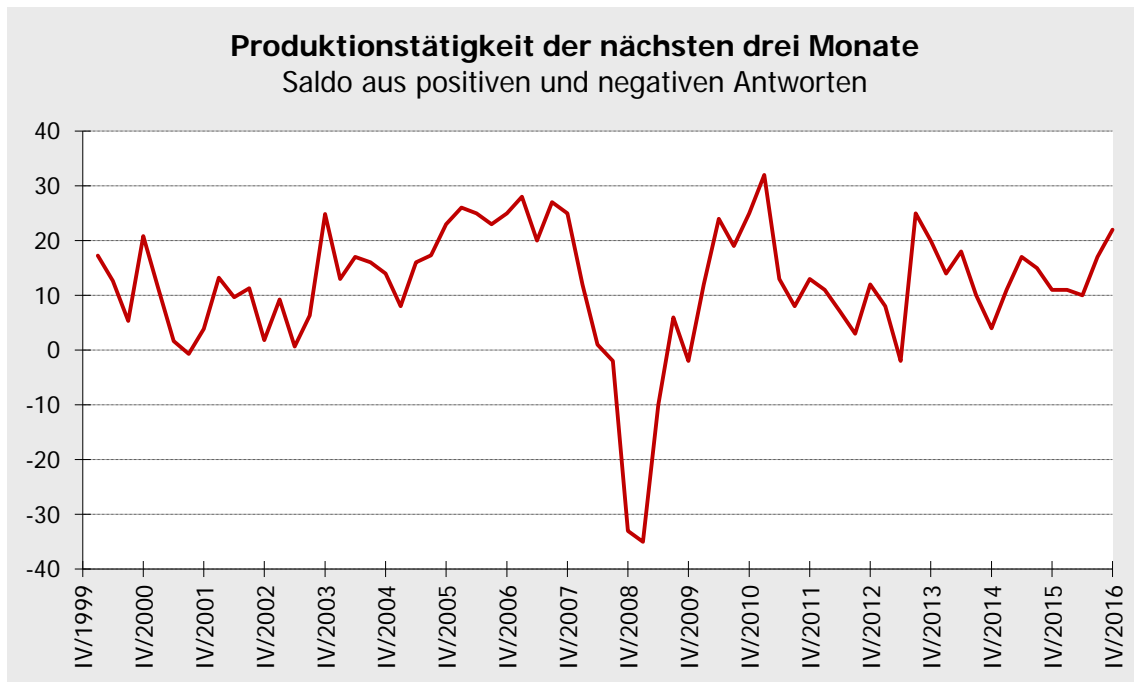
Im Prognosezeitraum bleiben die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit vorteilhaft. Die robuste Nachfrage aus dem In- und Ausland spiegelt sich in einer positiven Beurteilung der Auftragslage und der Produktionserwartungen der Industrieunternehmen wider. Da die Kapazitätsauslastung gerade ihrem langjährigen Durchschnitt entspricht, besteht aber vorerst kaum Bedarf an Erweiterungen der Produktionskapazitäten. Erst mit einer Festigung des Aufschwungs wird dieses Investitionsmotiv zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auch von der Finanzierungsseite erhält die Sachkapitalbildung Rückenwind. Die Zinsen werden in Österreich noch längere Zeit äußerst niedrig bleiben, und mit steigenden Unternehmensgewinnen verbessern sich auch die Innenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen.

Trotz dieser günstigen Faktoren dürfte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum im Vergleich zum vergangenen Jahr leicht abschwächen. Dafür sprechen die beträchtlichen geopolitischen Risiken und die Unsicherheit bezüglich der künftigen Ausrichtung der US-Wirtschaftspolitik sowie hinsichtlich möglicher protektionistischer Tendenzen in der Weltwirtschaft. Von den Investitionszuwachsprämien für kleine und mittelgroße Unternehmen (in

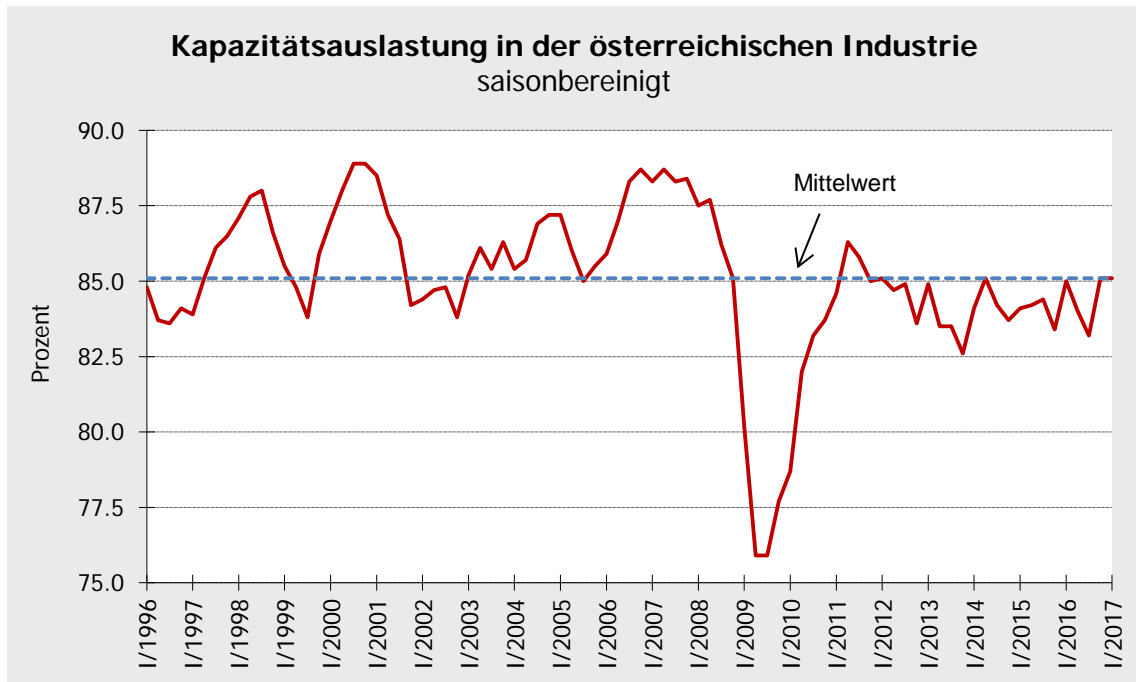
den Jahren 2017 und 2018) sowie für Großunternehmen (im Jahr 2017) dürften keine nennenswerten Impulse auf die Investitionstätigkeit ausgehen. Das Institut erwartet allenfalls Auswirkungen auf das zeitliche Profil der Realisierung von Investitionsprojekten.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen erwartet das Institut, dass die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um 4.0 % und im kommenden Jahr um 3.0 % ausgeweitet werden. Aufgrund der gedämpften Entwicklung der internationalen Rohstoffpreise ist der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2016 nur um 0.5 % und damit etwa halb so stark gestiegen wie im Jahr davor. Da die Preise für Rohöl und andere Rohstoffe im Prognosezeitraum mit der anziehenden globalen Konjunktur wieder steigen dürften, wird sich auch bei den Investitionsgütern der Preisauftrieb verstärken. Das Institut erwartet, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im laufenden und im kommenden Jahr jeweils um 1.3 % steigen wird.

Erstmals seit 2012 verzeichneten die **realen Bauinvestitionen** im vergangenen Jahr wieder ein Wachstum. Auch wenn die Bauinvestitionen damit ihren Tiefststand aus dem Jahr 2010 um rund 4 % übertrafen, waren sie noch immer etwa 6 % niedriger als im Jahr 1995. Insbesondere die Wohnbautätigkeit war in den vergangenen zwei Jahrzehnten schwach. Die Wohnbauinvestitionen waren zwischen 1995 und 2003 um rund ein Viertel eingebrochen und haben seitdem in etwa auf diesem Niveau stagniert. Im vergangenen Jahr belebte sich aber die Wohnbautätigkeit ebenso wie die sonstigen Bauinvestitionen.

Im Prognosezeitraum dürften die Bauinvestitionen moderat ausgeweitet werden. Die Finanzierungskonditionen bleiben vorteilhaft. Infolge der Zuwanderung steigt der Bedarf an Wohnraum. Die Baubewilligungen sind im ersten Halbjahr 2016 kräftig gestiegen, aber im dritten Quartal waren sie niedriger als im entsprechenden Zeitraum im Jahr davor. Trotz dieses Rückgangs im dritten Jahresviertel deutet die Entwicklung der Baubewilligungen im Vorjahr auf eine Ausweitung der Wohnbauinvestitionen im laufenden Jahr hin. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften vom Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen profitieren. Für den öffentlichen

Bau sind die Perspektiven angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Finanzen weniger günstig. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1.6 % und im kommenden Jahr um 1.3 % ausgeweitet werden.

Die niedrigen Preise für Rohöl und einige im Baubereich verwendete Rohstoffe haben im vergangenen Jahr den Auftrieb bei den Baupreisen gedämpft. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Preise im Hochbau um 1.9 %, im Tiefbau aber nur um 0.6 %. Der geringere Preisanstieg im Tiefbau ist auf die größere Bedeutung etwa des Ölpreises (für Bitumen) in diesem Bereich zurückzuführen, während der Hochbau arbeits- und damit lohnintensiver ist. Der Preisindex der Bauinvestitionen erhöhte sich um 1.6 %. Die Rohstoffpreise haben in der zweiten Jahreshälfte deutlich angezogen, was sich auch in der Entwicklung der Baupreise niederschlug. So erhöhte sich der Anstieg der Baupreise von 1.0 % im ersten auf 1.7 % im vierten Quartal. Aufgrund der weiteren Entwicklung der Rohstoffpreise und zunehmender Lohnkosten dürfte der Deflator der Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1.8 % und im kommenden Jahr um 2.1 % steigen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Anstieg um 2.9 % im heurigen bzw. 2.2 % im kommenden Jahr, nach ebenfalls 2.9 % im vergangenen Jahr. Die Lagerbestandsveränderungen dürften das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum stützen, sodass die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) mit Raten von 3.3 % bzw. 2.5 % etwas stärker als die Anlageinvestitionen steigen dürften.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist weiterhin durch das Nachwirken der Steuerreform, die Kosten für die Integration der Flüchtlinge und die notwendigen Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung bestimmt. Hinzu kommen die zusätzlichen fiskalischen Offensiv-Maßnahmen im Zuge des Arbeitspakets der Regierung, welche die Rückkehr zu einem weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt etwas verlangsamen. Das Institut geht von einer anhaltend konsequenten Umsetzung der beschlossenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen aus, da der budgetäre Spielraum immer noch sehr gering ist. Die teilweise verzögert wirkenden Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Steuerreform haben die gesamtstaatliche Defizitquote im Jahr 2016 auf 1.4 % steigen lassen. Im Jahr 2017 sollte sich das Maastricht-Defizit auf 1.4 % stabilisieren und 2018 auf 1.1 % zurückgehen.

Das anhaltend hohe Defizit wird auch 2017 wesentlich durch die Steuerreform und den gestiegenen öffentlichen Konsum in Folge des starken Zustroms an Flüchtlingen im Vorjahr bedingt. Während die kurzfristigen Mindereinnahmen aufgrund der Steuerreform im Prognosezeitraum rasch abflauen, kommen die fiskalischen Kosten der Offensiv-Maßnahmen der Regierung in der zweiten Jahreshälfte 2017 und im Jahr 2018 zum Tragen. Der Beschäftigungsbonus, die Beschäftigungsaktion 20.000 und die Erhöhung der Forschungsprämie werden in Summe mit 500 Millionen Euro 2017 und mit einer Milliarde Euro 2018 berücksichtigt. Trotz verbesserter Konjunktur stabilisiert sich somit das Maastricht-Defizit zunächst nur und die Reduktion 2018 fällt gering aus. Positiv wirkt dabei das weiterhin außerordentlich niedrige Zinsniveau, welches die Finanzierungskosten reduziert. Dieser Rückgang der Zinskosten wird durch die Einigung mit den HETA-Gläubigern noch verstärkt und beträgt im Jahr 2017 bis zu 0.9 Milliarden Euro. Der leichte Rückgang des Defizites im Prognosezeitraum wird unterstützt von der sich voll entfaltenden Wirkung der

Gegenfinanzierungsmaßnahmen, den Umsatzsteuereinnahmen aufgrund des robusten Konsums und dem durch die etwas höhere Inflation unterstützten Anstieg der direkten Steuern.

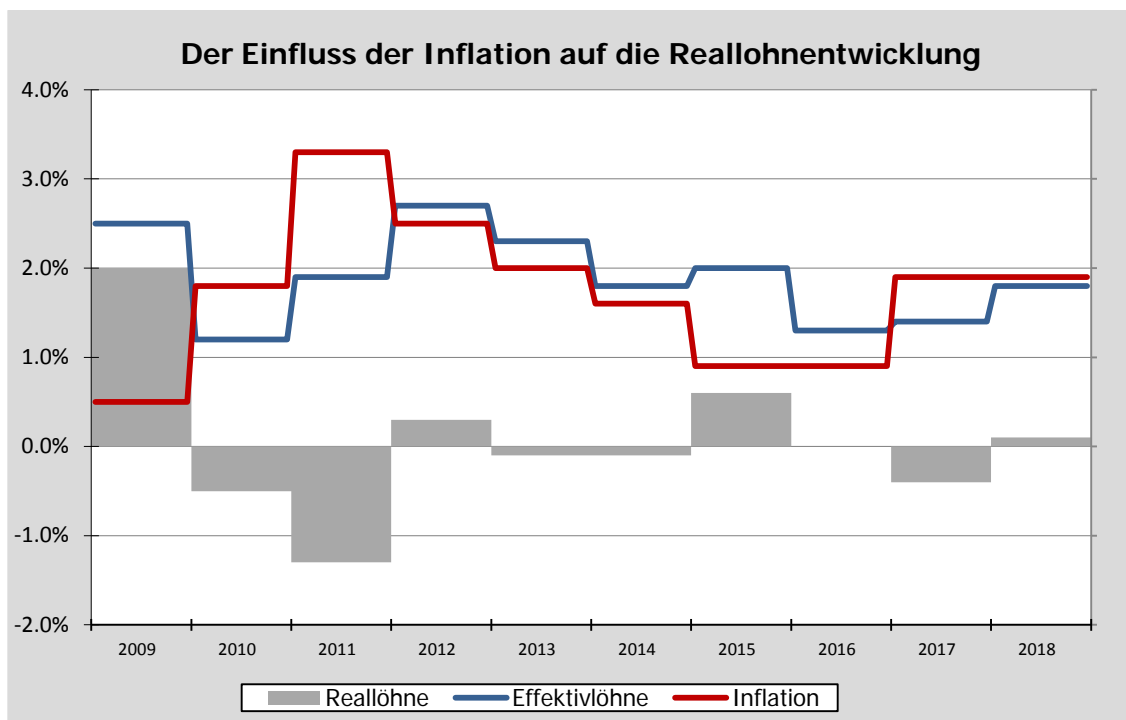
Gleichzeitig sind durch die Sicherheitsoffensive in Reaktion auf den vergangenen Flüchtlingszuzug erhebliche Mehrausgaben zu erwarten, und es besteht die Gefahr der Abkehr vom allgemeinen Diktat der Sparsamkeit in den betroffenen Ressorts. Weiterhin sind die Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters im Auge zu behalten, um die zuletzt etwas bessere Entwicklung bei den Zuschüssen zu den Pensionen beibehalten zu können. Während das Ergebnis der Neuverhandlungen des Finanzausgleichs im Wesentlichen eine Fortschreibung des Status Quo und somit zumindest zu einem gewissen Teil eine vergebene Chance darstellt, gilt es nun, die wenigen vorhandenen Ansatzpunkte geschickt zu nutzen. Für eine zukunftsorientierte positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte muss eine klarere Abgrenzung und Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erreicht werden, in der Aufgaben und deren Finanzierung gemeinsam verteilt werden. Die ersten Schritte in Richtung Aufgabenorientierung in der Finanzierung der Bereiche Elementarpädagogik und Pflichtschule sind in dieser Hinsicht positiv zu bewerten. Die Überführung des Wohnbauförderungsbeitrages in eine Landesabgabe kann als ein Testlauf für mehr Abgabenaufonomie betrachtet werden und die geplante Einführung von *Spending Reviews* ist ein erster Schritt zu mehr Transparenz und besserer Steuerung.

Nach einem relativ starken Anstieg von 1.3 % im Jahr 2016 wird der reale öffentliche Konsum in den nächsten Jahren wieder auf einen moderaten Wachstumskurs von 0.8 % und 0.6 % zurückgehen. Damit sollte vom öffentlichen Konsum nur ein geringer Wachstumsimpuls ausgehen.

Der Zuwachs der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** (Effektivlöhne) fiel im Jahresdurchschnitt 2016 mit 1.3 % erwartungsgemäß moderat aus. Er folgte damit annähernd der Entwicklung der Tariflöhne, die um 1.6 % wuchsen. Unter Berücksichtigung der Inflation stagnierten im Jahr 2016 die Reallöhne. Dabei ist aber die Steuerreform zu berücksichtigen, die wegen der geringeren Abgabenlast die Nettolöhne erhöhte. In der letzten Lohnrunde haben sich die Tarifparteien auf ähnliche Abschlüsse wie im Vorjahr geeinigt (Metaller 1.7 %, Handel 1.3 %, Öffentlicher Dienst 1.3 %, Vorjahr: 1.5 %, 1.5 %, 1.3 %). Auf Grundlage dieser Abschlüsse wird für das Jahr 2017 mit einem Wachstum der Effektivlöhne um 1.4 % gerechnet. Da sich die Inflationsabgeltung an den Inflationsraten der vergangenen zwölf Monate orientiert, führt ein steigender Inflationsdruck bei weiterhin schwacher Produktivitätsentwicklung zu rückläufigen Reallöhnen (-0.4 %). Für das Jahr 2018 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne um 1.8 % aus, was eine Stagnation der Reallöhne impliziert.

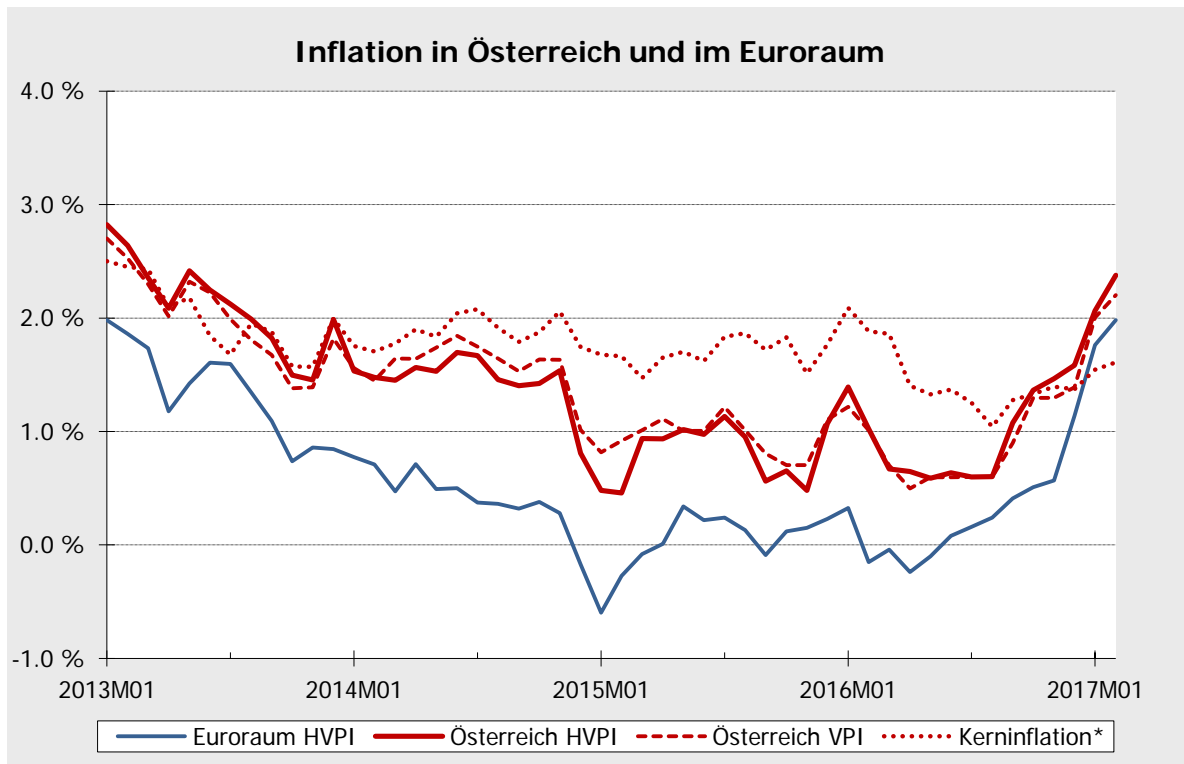
Die **Inflation** (laut VPI) ist seit September des Vorjahres (0.6 %) durchgehend gestiegen und lag im Februar bei 2.2 %. Diese Entwicklung beruht zum Großteil auf dem höheren Rohölpreis. Da das Fass Rohöl im Jänner 2016 einen Tiefststand (ca. 30 USD) erreicht hatte, kommt der sogenannte Basiseffekt derzeit voll zum Tragen. Dazu kommt, dass die OPEC-Länder auf ihrem Treffen Ende November beschlossen, die Ölförderquoten zu beschränken, was den Ölpreis auf sein aktuelles Niveau von knapp 55 USD je Barrel anhub. Betrachtet man hingegen die Kernrate der Inflation (1.6 % im Februar), so war diese gerade einmal $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt höher als im Zeitraum März bis Juli 2016. Trotz der deutlichen Zunahme der Teuerung in den vergangenen Monaten sieht das Institut für das Jahr 2017 keinen Grund, von seiner bisherigen Einschätzung der Inflationsentwicklung abzurücken. Der Basiseffekt des Ölpreiseverfalls wird in den nächsten

Monaten auslaufen. Die Lebensmittelpreise sowie die Preise für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter werden nur moderat ansteigen. Die Teuerung im Dienstleistungsbereich wird zwar weiterhin durch den Bereich Restaurants, Hotels und Bars, getrieben durch den guten Tourismus, beeinflusst, aber nicht deutlich zunehmen. Der Anstieg der Lohnstückkosten schwächt sich etwas ab. Alles in allem erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2017 eine Inflationsrate von 1.9 %. Unter der Annahme weitgehend stabiler Energie- und leicht steigender Rohstoffpreise sowie einer moderaten Lohnstückkostendynamik sollte die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt 2018 ebenfalls 1.9 % betragen.

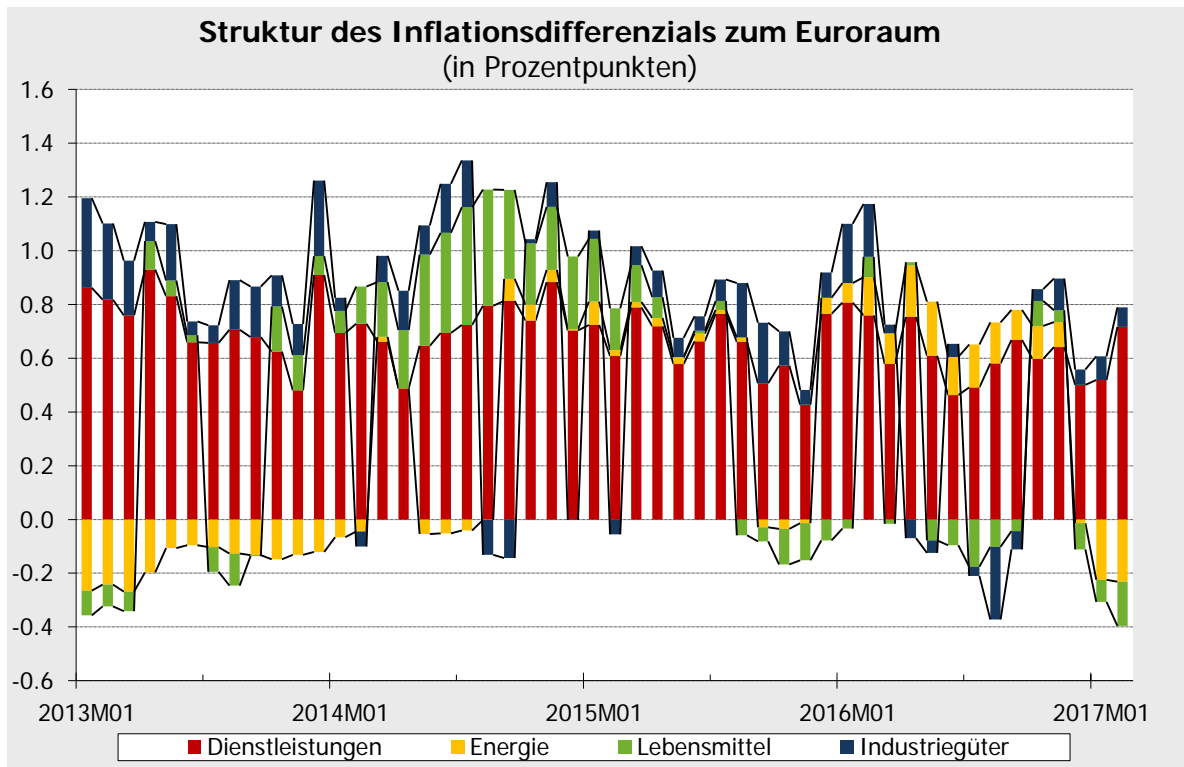


Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Als eines der reichsten Länder Europas muss Österreich einen kleineren Anteil seines Einkommens für Treibstoffe aufwenden. Dies hat zur Folge, dass sich Preisanstiege im Bereich Energie weniger stark in der Inflationsrate bemerkbar machen als in anderen Ländern des Euroraums. Neben der Preisentwicklung von Lebensmitteln ist dies der Grund, warum die Inflationsrate Österreichs nicht mehr unter den höchsten des Euroraums ist. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Österreich weiterhin ein hohes Inflationsdifferenzial zum Durchschnitt des Euroraums von 1.5 Prozentpunkten im Bereich der Dienstleistungen hat und dies aufgrund der höheren Gewichtung im Warenkorb mehr zur Inflationsrate beiträgt als in anderen Ländern. Nur die baltischen Länder haben in diesem Bereich eine noch höhere Teuerung als Österreich. Sollten die Inflationsbeiträge der Dienstleistungen auch in Zukunft zu einer erhöhten Inflation in Österreich beitragen, könnten aufgrund der Überwälzung in die Lohnkosten Wettbewerbsnachteile entstehen. Allerdings impliziert die Prognose für 2017, dass sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum von 0.8 Prozentpunkten im Vorjahr auf 0.4 Prozentpunkte reduzieren wird. Für 2018 wird eine Inflationsrate im Euroraum von 1.6 % und in Österreich von 1.9 % prognostiziert.



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen, * Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in AT



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

In den letzten Monaten hat sich die **Arbeitsmarktlage** weiter aufgehellt. Mit der Konjunkturerholung expandiert die Beschäftigung breitflächig und die Arbeitslosenquote ist leicht rückläufig. Bis zum Ende des Prognosezeitraums sollte die Beschäftigungsnachfrage weiterhin kräftig ausfallen. Allerdings dürfte auch die Dynamik des Arbeitskräfteangebots hoch bleiben. Vom Arbeitsmarktpaket der Bundesregierung sind positive Impulse für die Arbeitsmarktentwicklung zu erwarten. Vor diesem Hintergrund zeichnet die Arbeitsmarktprognose ein etwas optimistischeres Bild. Während die Prognose im Dezember noch einen merklichen Anstieg der Arbeitslosenquote auswies, wird nunmehr von einer Stabilisierung im Prognosezeitraum ausgegangen. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) sollte somit 9.1 % bzw. 9.2 % betragen. Die Abschätzung der Arbeitsmarktintegration der Asylberechtigten und deren Ausweis in der Arbeitsmarktstatistik stellt weiterhin das größte Prognoserisiko dar.

Seit Sommer des Vorjahres expandiert die Beschäftigungsnachfrage äußerst kräftig. So lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Februar um knapp 62,000 bzw. 1.8 % über dem Vorjahresniveau. Gegenwärtig gibt es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wachstumsdynamik. Im Jahresabstand hat die Beschäftigung in allen Wirtschaftssektoren zugelegt. Mit einem Zuwachs von 15,600 Arbeitsplätzen im Jahresabstand nahm die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion stark zu. Knapp die Hälfte des Zuwachses entfiel auf den Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau (7,100). Deutliche Beschäftigungsgewinne verzeichneten auch die Bereiche Nahrungsmittel (3,000), Metall (2,000), Holz/Papier/Druckerei (1,300) sowie Chemie (1,050). Rückläufig war die Beschäftigung lediglich im Bereich Textil/Bekleidung (-500). Auch am Bau stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Jahresabstand merklich (2,800). Im Dienstleistungssektor legte die Zahl der Beschäftigten um 43,000 Personen zu. Besonders stark expandieren weiterhin die wirtschaftsnahen Dienstleistungen (16,650). Deutliche Beschäftigungsausweitungen wurden auch in den Bereichen öffentliche Verwaltung (7,100) und Gesundheitswesen (6,800) verzeichnet, hingegen ging die Beschäftigung bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen merklich zurück (-3,100).

Der robuste Konjunkturaufschwung sollte auch in den kommenden Monaten die Beschäftigungsnachfrage antreiben. Der Indikator der Zahl der offenen Stellen deutet ebenfalls auf eine weiterhin sehr belebte Beschäftigungsnachfrage. Unterstützend werden wohl auch die staatlichen Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten wirken. Vor diesem Hintergrund geht das Institut für den Jahresdurchschnitt 2017 von einem Beschäftigungszuwachs von 1.4 % aus. Im nächsten Jahr könnte die Beschäftigung um 1.2 % zulegen.

Seit November des Vorjahres geht die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Jahresabstand zurück. Mit 400,000 Arbeitslosen wurde im Februar ein Rückgang um 5,100 bzw. 1.3 % verzeichnet. In sektoraler Hinsicht ist eine breitflächige Abnahme zu beobachten. In den Bereichen öffentliche Dienstleistungen (-1,600), Handel (-1,400), Bau (-1,300) und Sachgüterproduktion (-1,200) ist die Arbeitslosigkeit am stärksten gefallen. Die Zahl der Schulungsteilnahmen ist aufgrund der verstärkten Aktivitäten bei den Asylberechtigten um knapp 5,000 gestiegen.

Getrieben von der Arbeitsmigration aus den EU-Staaten und der höheren Erwerbsneigung von Älteren und Frauen steigt das Arbeitskräfteangebot im Prognosezeitraum weiter an. Aufgrund der guten konjunkturellen Situation sollte die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten noch leicht fallen. Allerdings ist der starke Zustrom von Asylsuchenden der letzten beiden Jahre zu berücksichtigen. Die Zahl der beim AMS gemeldeten Asylberechtigten (7,700, davon 3,300 als

arbeitslos vorgemerkt) ist im Vorjahr deutlich schwächer gestiegen als vom Institut noch zu Jahresbeginn 2016 erwartet. Laut den Daten des BMI wurden im Vorjahr rund 25,000 Personen Asyl (inklusive subsidiärer Schutz) gewährt. Aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre unterstellt das Institut einen Anstieg des Bestandes an den beim AMS gemeldeten Asylberechtigten um 20,000 Personen. Letztlich wird davon ausgegangen, dass die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Asylberechtigten per Saldo um 10,000 Personen zunimmt.

Arbeitsmarktentwicklung 2017

	Jänner bis Februar (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	59,325	1.7%
Männer	33,041	1.8%
Frauen	26,284	1.6%
Aktiv-Beschäftigte*	61,134	1.8%
Primärer Sektor	523	0.8%
Sachgüterproduktion	10,598	1.8%
Bau	2,597	1.3%
Dienstleistungssektor	47,307	1.8%
Arbeitslose*	-3,915	-0.9%
Männer	-1,565	-0.6%
Frauen	-2,351	-1.5%
Schulungsteilnehmer des AMS*	5,646	8.3%

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Laut Prognose steigt im Jahresdurchschnitt 2017 die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen somit um 6,500 Personen bzw. knapp 2 %. Für das kommende Jahr wird ein weiterer Anstieg um 8,000 Personen erwartet. Weiterhin sind die Prognoserisiken hoch. Nunmehr geht das Institut davon aus, dass sich der starke Zustrom von Asylwerbern in den letzten Jahren doch deutlich schwächer als erwartet in der Arbeitsmarktstatistik niederschlagen wird. Aufgrund noch fehlender Details der Implementierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung konnten deren Auswirkungen nur grob abgeschätzt werden. Bei erfolgreicher Implementierung der Maßnahmen könnte die statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr zurückgehen.

Im Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition mit 9.1 % bzw. 9.2 % auf dem Vorjahresniveau verharren. Ausgehend von 6.0 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition Werte von 5.9 % bzw. 6.0 % annehmen.

Die Arbeitsmarktlage im Prognosezeitraum ist durch ein kräftiges Beschäftigungswachstum bei einem für österreichische Verhältnisse weiterhin extrem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die stark gestiegene Zahl an offenen Stellen bei gleichzeitig hoher Arbeitslosenquote kann als Hinweis auf qualifikatorischen Mis-Match gedeutet werden, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und der von den Arbeitslosen

angebotenen Kompetenzen. Es finden sich auch Indizien für regionalen Mis-Match. Kritisch ist auch die steigende Langzeitarbeitslosigkeit zu sehen.

Vor diesem Hintergrund begrüßt das Institut das Arbeitsmarktpaket der Bundesregierung. Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten, der spezielle Fokus auf die Älteren sowie die Ansätze zur Förderung der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern sind jedenfalls adäquat. Der Beschäftigungsbonus und die verstärkten Anstrengungen zur Arbeitszeitflexibilisierung werden vom Institut besonders positiv gesehen. Die Beschäftigungsaktion 20.000 wird dazu beitragen, die Arbeitsmarktsituation von älteren Langzeitarbeitslosen zu verbessern, allerdings sollte darauf geachtet werden, dass das Programm auf die Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit der geförderten Älteren und die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt abzielt. Die Implementierung einer Lohnuntergrenze von monatlich 1,500 € über Kollektivverträge führt wohl zu einer Verringerung der geschlechtsspezifischen Lohndifferenziale. Die Arbeitsmarktprobleme von Personen mit geringem Produktivitätsniveau könnten allerdings durch den Mindestlohn verschärft werden. Äußerst kritisch sind Maßnahmen zur Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der EU zu hinterfragen. Zwar hat die Zuwanderung temporäre Friktionen am Arbeitsmarkt ausgelöst, jedoch primär das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft spürbar erhöht. Insgesamt gesehen handelt es sich jedenfalls um ein sehr ambitioniertes Arbeitsprogramm der Bundesregierung, welches den Problemlagen des österreichischen Arbeitsmarktes entspricht. Darüber hinaus muss es gelingen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, da nur so nachhaltige Reallohnsteigerungen, die die Konsumnachfrage stärken, erzielt werden können.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen seit der Zinssenkung im März des vergangenen Jahres unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0 %, der Zinssatz für die Spitzenfazilität liegt bei 0.25 % und jener für die Einlagenfazilität bei -0.40 %. Banken müssen also weiterhin dafür bezahlen, wenn sie Geld (über die Mindestreserve hinaus) bei der EZB anlegen. Im Vereinigten Königreich liegt der Leitzinssatz weiterhin bei 0.25 %. In den USA wurde die Spanne für den Zielsatz für Taggeld in der jüngsten Sitzung des Offenmarktausschusses Mitte März auf 0.75 % bis 1 % angehoben. In der Schweiz und in Japan liegen die Leitzinsen unverändert im negativen Bereich. Das Zielband des 3-Monats-Libor in der Schweiz beträgt -1.25 % bis -0.25%, der Leitzinssatz in Japan liegt bei -0.1 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen und lag zuletzt marginal oberhalb der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Im Dezember, Jänner und Februar betrug die Inflation im Euroraum 1.1 %, 1.8 % bzw. 2.0 %. Der letzte Wert ist allerdings insbesondere auf den starken Anstieg der Energiepreise im Jahresabstand zurückzuführen. Für den Jahresdurchschnitt 2017 wird mit einem Wert von 1.6 % gerechnet. Im laufenden Jahr werden keine Zinsschritte der EZB erwartet, im kommenden Jahr könnten jedoch die Leitzinsen im Euroraum wieder zu steigen beginnen. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
Ende 2015	0.05	0.25 – 0.5	0.5	-1.25 – -0.25	0.1
Ende 2016	0	0.5 – 0.75	0.25	-1.25 – -0.25	-0.1
21.3.2017	0	0.75 – 1	0.25	-1.25 – -0.25	-0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

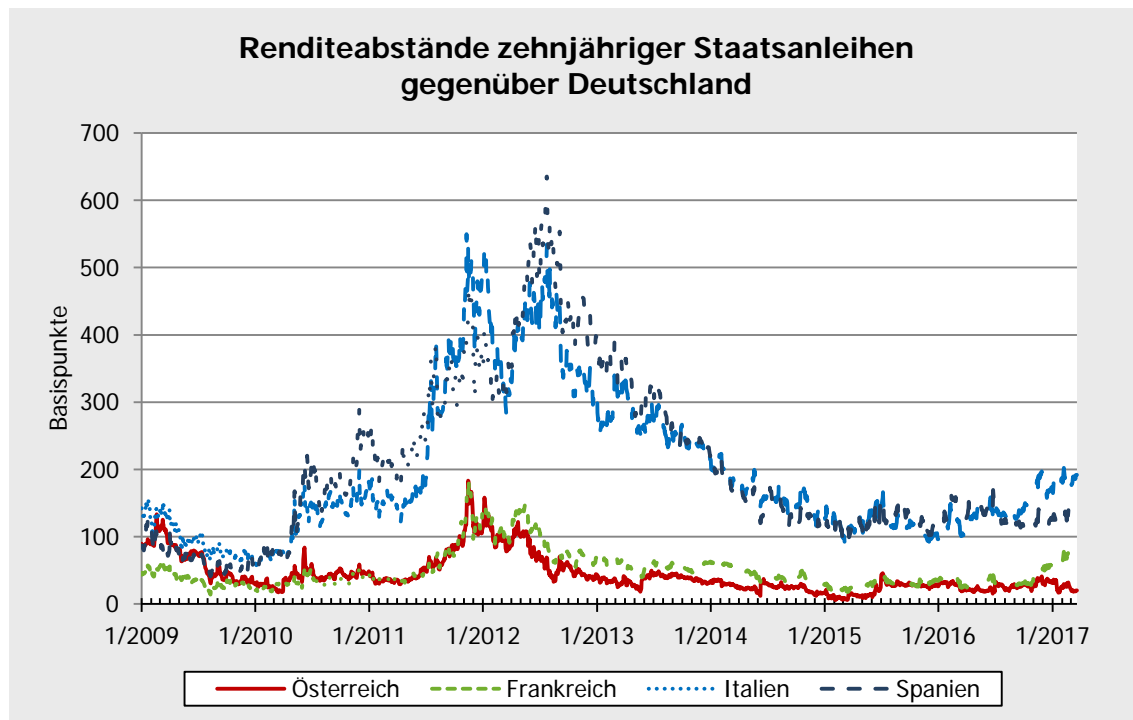
Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, hat der EZB-Rat das laufende Programm zum Ankauf von Vermögenswerten in seiner letzten Sitzung im März bestätigt. Dies bedeutet, dass die Ankäufe im Ausmaß von monatlich 80 Mrd. Euro noch bis März fortgesetzt werden und anschließend von April bis Dezember 2017 mit einem reduzierten Volumen von monatlich 60 Mrd. Euro weiterlaufen. Erneut wurde bekräftigt, dass das Programm, falls erforderlich, auch darüber hinaus fortgesetzt werden kann, zumindest so lange, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationserwartung eintritt. Ein vorzeitiges Zurückfahren des QE-Programms (etwa eine Verringerung des Ausmaßes der Ankäufe), das vor dem Hintergrund der jüngsten positiven Entwicklungen möglich scheint, wurde in der letzten Sitzung nicht diskutiert.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum notieren weiterhin im negativen Bereich und haben sich in den vergangenen Monaten kaum verändert. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im ersten Quartal des laufenden Jahres -0.3 %, was gegenüber dem Vorquartal praktisch konstante Zinsen bedeutet. Gegenüber dem Vorjahresquartal notierte der 3-Monats-Euribor um etwa 15 Basispunkte niedriger. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut zu Beginn konstante und anschließend leicht

steigende Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2017 und 2018 beträgt -0.3 % bzw. -0.1 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind im laufenden Quartal – wie bereits im vergangenen Quartal – etwas gestiegen. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im ersten Quartal 2017 zu durchschnittlich 0.6 % bzw. 0.3 %. Dies entspricht in beiden Fällen einem Anstieg gegenüber dem Vorquartal um rund 20 Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal sind die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen praktisch konstant geblieben. Sie sind also im Gegensatz zu den Vorquartalen (auf Jahresbasis gesehen) nicht mehr gesunken.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraumländer höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) von Frankreich, Spanien und insbesondere Italien sind zuletzt wieder etwas gestiegen.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraumländern in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2017 und 2018 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.9 % bzw. 1.1 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des laufenden Quartals betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1.06 USD/EUR. Dies bedeutet, dass der Euro gegenüber dem Dollar sowohl im Vergleich zum Vorquartal als auch im Vergleich zum Vorjahresquartal leicht abgewertet hat (um etwa 1.3 % bzw. 3.5 %). Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1.05 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2017 und 2018 fällt wie folgt aus: Die Sichteinlagen sollten um 8.2 % bzw. 5.3 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 0.3 % bzw. 3.3 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein Wachstum um 1.5 % bzw. 1.3 %. Das Kreditvolumen sollte in der Prognoseperiode um 1.2 % bzw. 1.3 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.070 1.5%	320.411 1.7%	325.242 1.5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	349.493 2.8%	360.458 3.1%	371.898 3.2%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	110.925 1.3%	112.499 1.4%	114.345 1.6%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	93.315 3.3%	95.574 2.4%	97.471 2.0%	99.097 1.7%	100.000 0.9%	100.900 0.9%	102.817 1.9%	104.771 1.9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	43.433 1.9%	44.605 2.7%	45.553 2.1%	46.460 2.0%	47.385 2.0%	47.985 1.3%	48.657 1.4%	49.533 1.8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3502.431 1.6%	3551.465 1.4%	3594.083 1.2%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.059 -0.051	9.101 0.042	9.188 0.087

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
PRIVATER KONSUM	160.094 1.3%	160.893 0.5%	160.672 -0.1%	160.239 -0.3%	160.236 0.0%	162.678 1.5%	164.647 1.2%	166.164 0.9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	63.157 1.3%	63.631 0.8%	64.013 0.6%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	68.049 6.7%	68.983 1.4%	70.478 2.2%	69.866 -0.9%	70.369 0.7%	72.441 2.9%	74.540 2.9%	76.183 2.2%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4.798 1.6	3.958 1.3	2.484 0.8	3.013 1.0	2.715 0.9	2.630 0.8	2.930 0.9	3.180 1.0
INLANDSNACHFRAGE	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	303.155 2.0%	308.057 1.6%	311.872 1.2%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	10.055 3.3	11.053 3.6	10.943 3.6	12.663 4.1	13.385 4.3	11.972 3.8	12.414 3.9	13.433 4.1
BIP ZU MARKTPREISEN	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.070 1.5%	320.411 1.7%	325.242 1.5%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
PRIVATER KONSUM	0.697	0.264	-0.073	-0.142	-0.001	0.787	0.625	0.473
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.003	0.031	0.137	0.158	0.411	0.271	0.150	0.119
BRUTTOINVESTITIONEN	2.071	-0.067	-0.033	0.086	0.129	0.616	0.781	0.599
ANLAGEINVESTITIONEN	1.454	0.308	0.490	-0.200	0.163	0.668	0.666	0.513
LAGERVERÄNDERUNGEN	0.737	-0.277	-0.483	0.173	-0.097	-0.027	0.095	0.078
EXPORTE I.W.S.	3.046	0.868	0.286	1.214	1.926	0.956	1.926	1.950
WAREN	2.354	0.470	-0.286	0.853	1.394	0.591	1.515	1.545
DIENSTLEISTUNGEN	0.693	0.395	0.559	0.359	0.530	0.355	0.426	0.422
IMPORTE I.W.S.	-2.958	-0.539	-0.322	-0.651	-1.691	-1.412	-1.786	-1.632
WAREN	-2.445	-0.009	0.765	-0.321	-1.616	-1.259	-1.400	-1.262
DIENSTLEISTUNGEN	-0.513	-0.541	-1.112	-0.328	-0.089	-0.169	-0.393	-0.375
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2.808	0.746	0.124	0.645	0.963	1.482	1.695	1.508

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	159.775 4.6%	164.310 2.8%	167.669 2.0%	170.685 1.8%	172.979 1.3%	177.779 2.8%	183.151 3.0%	188.126 2.7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.416 1.5%	5.751 6.2%	5.831 1.4%	6.011 3.1%	6.111 1.7%	6.374 4.3%	6.599 3.5%	6.832 3.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	61.050 1.7%	62.661 2.6%	63.838 1.9%	65.325 2.3%	67.716 3.7%	69.659 2.9%	71.058 2.0%	72.557 2.1%
BRUTTOINVESTITIONEN	74.612 11.8%	76.171 2.1%	76.877 0.9%	78.163 1.7%	79.899 2.2%	82.840 3.7%	86.770 4.7%	90.358 4.1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	36.768 11.7%	37.637 2.4%	39.905 6.0%	39.723 -0.5%	41.185 3.7%	43.196 4.9%	45.486 5.3%	47.436 4.3%
BAUINVESTITIONEN	32.650 5.8%	34.287 5.0%	34.719 1.3%	35.410 2.0%	35.659 0.7%	36.704 2.9%	37.944 3.4%	39.225 3.4%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.000 0.000	0.000 0.000	-0.003 -0.003	-0.670 -0.668	-0.433 0.237	-0.464 -0.031	-0.473 -0.008	-0.481 -0.008
INLANDSNACHFRAGE	300.853 5.6%	308.892 2.7%	314.212 1.7%	319.514 1.7%	326.272 2.1%	336.187 3.0%	347.105 3.2%	357.392 3.0%
EXPORTE I.W.S.	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	182.492 1.2%	190.645 4.5%	199.235 4.5%
IMPORTE I.W.S.	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	169.186 1.5%	177.293 4.8%	184.729 4.2%
BIP ZU MARKTPREISEN	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	349.493 2.8%	360.458 3.1%	371.898 3.2%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	154.760 1.3%	155.413 0.4%	155.138 -0.2%	154.684 -0.3%	154.627 0.0%	156.909 1.5%	158.792 1.2%	160.221 0.9%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.334 -0.1%	5.483 2.8%	5.536 1.0%	5.558 0.4%	5.613 1.0%	5.776 2.9%	5.863 1.5%	5.951 1.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	63.157 1.3%	63.631 0.8%	64.013 0.6%
BRUTTOINVESTITIONEN	72.846 9.1%	72.643 -0.3%	72.542 -0.1%	72.805 0.4%	73.203 0.5%	75.116 2.6%	77.576 3.3%	79.494 2.5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	36.351 10.4%	36.581 0.6%	38.389 4.9%	37.797 -1.5%	38.708 2.4%	40.397 4.4%	42.013 4.0%	43.274 3.0%
BAUINVESTITIONEN	31.698 2.7%	32.397 2.2%	32.113 -0.9%	32.082 -0.1%	31.704 -1.2%	32.119 1.3%	32.633 1.6%	33.041 1.3%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.153 -0.153	0.417 0.570	0.810 0.393	0.745 -0.065	1.324 0.579	2.140 0.816	2.136 -0.005	2.131 -0.005
INLANDSNACHFRAGE	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	303.155 2.0%	308.057 1.6%	311.872 1.2%
EXPORTE I.W.S.	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	175.350 1.7%	181.419 3.5%	187.668 3.4%
IMPORTE I.W.S.	149.191 6.2%	150.822 1.1%	151.805 0.7%	153.794 1.3%	158.996 3.4%	163.378 2.8%	169.005 3.4%	174.235 3.1%
BIP ZU MARKTPREISEN	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.070 1.5%	320.411 1.7%	325.242 1.5%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	103.240 3.2%	105.725 2.4%	108.077 2.2%	110.344 2.1%	111.868 1.4%	113.301 1.3%	115.340 1.8%	117.416 1.8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	101.652 1.7%	104.172 2.5%	105.394 1.2%	106.998 1.5%	108.664 1.6%	110.294 1.5%	111.673 1.3%	113.348 1.5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	102.012 2.0%	104.264 2.2%	105.883 1.6%	107.539 1.6%	109.203 1.5%	110.297 1.0%	111.926 1.5%	113.754 1.6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	101.147 1.1%	102.887 1.7%	103.950 1.0%	105.094 1.1%	106.399 1.2%	106.929 0.5%	108.266 1.3%	109.619 1.3%
BAUINVESTITIONEN	103.004 3.0%	105.835 2.7%	108.116 2.2%	110.374 2.1%	112.475 1.9%	114.277 1.6%	116.277 1.8%	118.719 2.1%
INLANDSNACHFRAGE	102.735 2.7%	105.028 2.2%	106.653 1.5%	108.347 1.6%	109.778 1.3%	110.896 1.0%	112.676 1.6%	114.596 1.7%
EXPORTE I.W.S.	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.073 -0.5%	105.085 1.0%	106.163 1.0%
IMPORTE I.W.S.	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.555 -1.2%	104.904 1.3%	106.023 1.1%
BIP ZU MARKTPREISEN	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	110.925 1.3%	112.499 1.4%	114.345 1.6%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	122.328 10.2%	124.971 2.2%	122.919 -1.6%	124.537 1.3%	127.692 2.5%	127.947 0.2%	133.740 4.5%	139.796 4.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	30.375 13.4%	32.183 6.0%	34.808 8.2%	36.432 4.7%	37.640 3.3%	38.923 3.4%	40.889 5.1%	43.061 5.3%
REISEVERKEHR	12.945 4.1%	13.445 3.9%	13.839 2.9%	14.206 2.6%	15.017 5.7%	15.623 4.0%	16.016 2.5%	16.378 2.3%
EXPORTE I.W.S.	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	182.492 1.2%	190.645 4.5%	199.235 4.5%
WARENIMPORTE	125.961 13.2%	128.094 1.7%	124.586 -2.7%	123.914 -0.5%	125.633 1.4%	126.664 0.8%	132.408 4.5%	137.537 3.9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	25.235 12.1%	27.503 9.0%	31.943 16.1%	33.200 3.9%	33.866 2.0%	35.188 3.9%	37.329 6.1%	39.408 5.6%
REISEVERKEHR	6.675 0.0%	6.777 1.5%	6.709 -1.0%	7.157 6.7%	7.227 1.0%	7.334 1.5%	7.556 3.0%	7.784 3.0%
IMPORTE I.W.S.	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	169.186 1.5%	177.293 4.8%	184.729 4.2%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	117.989 6.2%	119.414 1.2%	118.541 -0.7%	121.146 2.2%	125.434 3.5%	127.270 1.5%	132.042 3.8%	136.994 3.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	28.876 7.8%	29.990 3.9%	31.576 5.3%	32.588 3.2%	33.646 3.2%	34.476 2.5%	35.683 3.5%	36.932 3.5%
REISEVERKEHR	12.382 -0.5%	12.464 0.7%	12.584 1.0%	12.670 0.7%	13.243 4.5%	13.516 2.1%	13.651 1.0%	13.753 0.8%
EXPORTE I.W.S.	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	175.350 1.7%	181.419 3.5%	187.668 3.4%
WARENIMPORTE	118.488 6.5%	118.514 0.0%	116.180 -2.0%	117.162 0.8%	122.132 4.2%	126.039 3.2%	130.451 3.5%	134.495 3.1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	24.356 8.2%	26.032 6.9%	29.646 13.9%	30.419 2.6%	30.713 1.0%	31.322 2.0%	32.497 3.8%	33.634 3.5%
REISEVERKEHR	6.347 -5.0%	6.311 -0.6%	6.090 -3.5%	6.319 3.8%	6.301 -0.3%	6.217 -1.3%	6.279 1.0%	6.342 1.0%
IMPORTE I.W.S.	149.191 6.2%	150.822 1.1%	151.805 0.7%	153.794 1.3%	158.996 3.4%	163.378 2.8%	169.005 3.4%	174.235 3.1%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	103.677 3.7%	104.654 0.9%	103.693 -0.9%	102.799 -0.9%	101.800 -1.0%	100.532 -1.2%	101.286 0.8%	102.045 0.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105.191 5.2%	107.313 2.0%	110.234 2.7%	111.794 1.4%	111.872 0.1%	112.897 0.9%	114.591 1.5%	116.596 1.8%
REISEVERKEHR	104.550 4.5%	107.871 3.2%	109.974 1.9%	112.123 2.0%	113.397 1.1%	115.591 1.9%	117.324 1.5%	119.084 1.5%
EXPORTE I.W.S.	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.073 -0.5%	105.085 1.0%	106.163 1.0%
WARENIMPORTE	106.307 6.3%	108.083 1.7%	107.236 -0.8%	105.763 -1.4%	102.866 -2.7%	100.496 -2.3%	101.500 1.0%	102.262 0.8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	103.608 3.6%	105.652 2.0%	107.750 2.0%	109.143 1.3%	110.269 1.0%	112.341 1.9%	114.869 2.3%	117.166 2.0%
REISEVERKEHR	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	114.694 1.3%	117.971 2.9%	120.331 2.0%	122.737 2.0%
IMPORTE I.W.S.	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.555 -1.2%	104.904 1.3%	106.023 1.1%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98.301 -1.7%	97.891 -0.4%	98.034 0.1%	98.525 0.5%	99.772 1.3%	100.500 0.7%	100.173 -0.3%	100.133 0.0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97.527 -2.5%	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.198 0.5%	98.963 1.8%	100.036 1.1%	99.788 -0.2%	99.788 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
IMPORTQUOTE, GESAMT	51.152	51.203	50.611	49.716	49.052	48.409	49.186	49.672
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.473	0.051	-0.593	-0.894	-0.664	-0.643	0.776	0.486
IMPORTQUOTE, GÜTER	40.813	40.393	38.627	37.502	36.962	36.242	36.733	36.982
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	3.042	-0.420	-1.767	-1.125	-0.540	-0.720	0.491	0.249
EXPORTQUOTE, GESAMT	53.672	53.797	53.192	53.016	53.060	52.216	52.890	53.572
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	2.668	0.125	-0.604	-0.176	0.044	-0.844	0.674	0.683
EXPORTQUOTE, GÜTER	39.636	39.408	38.110	37.691	37.568	36.609	37.103	37.590
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1.943	-0.227	-1.299	-0.419	-0.123	-0.959	0.494	0.487

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5554.650 0.9%	5615.533 1.1%	5647.859 0.6%	5674.064 0.5%
ERWERBSQUOTE	75.922 1.2%	76.757 1.1%	77.350 0.8%	77.978 0.8%	78.635 0.8%	78.847 0.3%	79.478 0.8%	80.114 0.8%
ERWERBSPERSONEN	4120.450 1.6%	4180.997 1.5%	4233.103 1.2%	4293.657 1.4%	4367.885 1.7%	4428.150 1.4%	4488.797 1.4%	4545.701 1.3%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3580.961 0.7%	3597.064 0.4%	3609.608 0.3%	3624.041 0.4%	3655.727 0.9%	3674.668 0.5%	3686.338 0.3%	3703.120 0.5%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	712.158 6.4%	753.482 5.8%	802.458 6.5%	842.581 5.0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	452.000 1.5%	454.900 0.6%	462.900 1.8%	470.900 1.7%	478.700 1.7%	483.966 1.1%	490.015 1.3%	496.140 1.3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3889.185 1.7%	3944.184 1.4%	3998.781 1.4%	4049.560 1.3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3502.431 1.6%	3551.465 1.4%	3594.083 1.2%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	86.109 -2.0%	84.440 -1.9%	83.385 -1.3%	83.385 0.0%
ARBEITSLOSE	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	354.332 11.0%	357.313 0.8%	363.931 1.9%	372.092 2.2%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.059 -0.051	9.101 0.042	9.188 0.087

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	144.343 3.9%	150.342 4.2%	154.502 2.8%	158.686 2.7%	163.418 3.0%	168.065 2.8%	172.804 2.8%	178.025 3.0%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	125.651 5.2%	126.410 0.6%	126.772 0.3%	129.661 2.3%	132.676 2.3%	136.469 2.9%	141.571 3.7%	146.523 3.5%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	38.636 6.5%	40.365 4.5%	41.265 2.2%	42.071 2.0%	43.802 4.1%	44.959 2.6%	46.083 2.5%	47.350 2.8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	349.493 2.8%	360.458 3.1%	371.898 3.2%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	1.046 -57.7%	0.323 -69.1%	0.874 170.7%	-3.299 -477.6%	-1.372 -58.4%	-0.090 -93.4%	-0.092 2.0%	-0.094 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	53.480 3.7%	55.715 4.2%	57.662 3.5%	59.603 3.4%	61.404 3.0%	63.550 3.5%	65.774 3.5%	68.076 3.5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	256.196 4.3%	261.725 2.2%	265.750 1.5%	267.515 0.7%	277.120 3.6%	285.853 3.2%	294.592 3.1%	303.728 3.1%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3.017 0.9%	-3.257 7.9%	-3.909 20.0%	-3.263 -16.5%	-3.361 3.0%	-3.100 -7.8%	-3.162 2.0%	-3.225 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	253.179 4.4%	258.469 2.1%	261.842 1.3%	264.252 0.9%	273.759 3.6%	282.753 3.3%	291.430 3.1%	300.503 3.1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
SICHTEINLAGEN	90.119 2.4%	102.908 14.2%	112.936 9.7%	115.761 2.5%	130.036 12.3%	144.574 11.2%	156.429 8.2%	164.720 5.3%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	36.231 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.4%	34.620 16.8%	35.751 3.3%	37.128 3.9%	37.239 0.3%	38.468 3.3%
SPAREINLAGEN	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.320 -2.6%	149.938 -2.2%	147.115 -1.9%	145.678 -1.0%	147.863 1.5%	149.785 1.3%
KREDITVOLUMEN	314.156 2.1%	319.542 1.7%	316.699 -0.9%	316.682 0.0%	321.655 1.6%	326.331 1.5%	330.247 1.2%	334.540 1.3%
EURIBOR 3M	1.39	0.57	0.22	0.21	-0.02	-0.26	-0.27	-0.09
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.58	-0.82	-0.35	-0.01	-0.23	-0.24	-0.01	0.18
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J	3.28	2.29	1.99	1.48	0.75	0.37	0.86	1.13
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.12	-0.99	-0.30	-0.51	-0.73	-0.38	0.49	0.27

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
USD/EUR	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.110 -16.5%	1.106 -0.4%	1.054 -4.7%	1.049 -0.5%
GBP/EUR	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.726 -9.9%	0.819 12.7%	0.868 6.0%	0.861 -0.8%
YEN/EUR	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	134.348 -4.3%	120.332 -10.4%	121.435 0.9%	118.571 -2.4%
CHF/EUR	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.068 -12.0%	1.090 2.0%	1.069 -1.9%	1.069 0.0%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,
Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2017 – 2018: Robuster Aufschwung in Österreich

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 96

Redaktion: Bianca Brandl

© 2017 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
